

Der Textil-Worker

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. M., Unter den Eichen 20
Verleger: Kurt Kischka 1000, 1070 und 1202. - Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilarbeiter Berlin

Verzinst, seid ihr nichts - Verzinst alles!

Verleger und Herausgeber des „Der Textil-Worker“ Kurt Kischka, Berlin O. M.,
Unter den Eichen 20 (Postfach 1000), zu richten. - Die Zeitung
erscheint jeden Freitag. - Die Zeitung
Kontingenz: 4 Mark für die dreimonatliche Zeit

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erziehung zum Facharbeiter oder zur Prätorianergarde?

In der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sind vor kurzem die Zahlen der Schulanfänger in den Jahren 1920 bis 1927 veröffentlicht worden. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß in den Jahren 1922 bis 1925 ein Gesamtausfall von 2 1/2 Millionen gezählt worden ist. In den Wirtschaftsjahren 1930 bis 1933 werden sich diese Ziffern erstmalig in der Wirtschaft auswirken. Die Lücke, die durch die Kriegsoffer entstanden ist, dürfte durch die Vermehrung der Frauenarbeit, den Infationsopfer und des starken Abbaues der alten Wehrmacht ausgeglichen worden sein. Der Ausfall von 2 1/2 Millionen Menschen wird zweifellos in der zukünftigen Wirtschaft auf längere Zeit hinaus als beträchtliches Manko in Erscheinung treten. Der Mangel an Arbeitskräften dürfte sich stark bemerkbar machen.

Die Unternehmer, allen voran die Textilunternehmer, fühlen sich durch diese Erscheinung stark beunruhigt, zumal in den letzten Jahren der Facharbeitermangel besonders fühlbar aufgetreten ist. Seit Monaten schon rätseln sie darüber, wie sie am besten und am billigsten über diese schwierige Situation hinwegkommen. Die Befürchtungen der Textilindustriellen sind tatsächlich nicht von der Hand zu weisen, wenn man sich die Größe der deutschen Textilindustrie vor Augen hält. Der Ausfall von 2 1/2 Millionen Menschen in der Gesamtwirtschaft dürfte für die deutsche Textilindustrie einen Ausfall bis zu 200 000 Menschen bedeuten, ein Drittel der in der sächsischen Textilindustrie Beschäftigten. Die Textilindustriellen denken nun das Manko dadurch ausgleichen zu können, indem sie der Facharbeiterausbildung eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie hat in den letzten Tagen zu dieser Frage Stellung genommen. Er ist auch der Auffassung, daß der Facharbeiterausbildung größere Sorgfalt beigemessen werden muß. In einer Schrift „Technische Erziehung“ wird die Frage der „Arbeitserziehung in der Textilindustrie“ in einem Aufsatze von P. Gehring-Vielefeld behandelt. Auch dieser weist auf die Notwendigkeit besserer Fachausbildung der Textilarbeiterkräfte hin. Wenn man die Facharbeiterausbildung seitens der Unternehmer allein im Auge hätte, dann möchte es leicht scheinen. Jedoch klingt aus allen Ausführungen heraus, daß man neben der Facharbeiterausbildung besondere Nebenabsichten hat, die darauf hinauslaufen, mit der Facharbeiterausbildung zugleich „zufriedene Menschen“ zu schaffen. Die Facharbeiterausbildung soll deshalb gleichzeitig zum „Seelenfang“ benutzt werden. In der Zeitschrift „Technische Erziehung“ sagt Gehring:

„Bei der Errichtung von Lehrwerkstätten ergibt sich dann rein praktisch die Frage: Wo soll sie erfolgen? Der günstigste Fall ist der, daß man für die Berufsausbildung einen vollkommen in sich abgeschlossenen Saal hat. Man soll, wenn irgend möglich, keine Mühe scheuen, diesen idealen Zustand zu erreichen. Der Lehrling als lernender Mensch arbeitet mit anderen Gesichtspunkten als der erworbene Mensch. Einen Einfluß des älteren, meist unzufriedenen Menschen soll man hintenanhalten. Ein Wort aus dem Munde des älteren Arbeiters, das oft gar nicht so schlimm gemeint ist, richtet bei jungen Menschen nur Verwirrung an.“

Daß die Lehrlingsausbildung in besonders abgeschlossene Räume verlegt werden soll, damit die Lehrlinge davor geschützt sind, mit älteren Arbeitern in Berührung zu kommen, läßt allerhand Deutungen zu. Vom praktischen sachlichen Gesichtspunkte aus ist es falsch. Der Lehrling wird nur dann etwas lernen, wenn er Gelegenheit hat, die Arbeitsvorgänge und die Betätigung der älteren Arbeiter zu studieren. Dies soll aber hier von vornherein verhindert werden.

An anderer Stelle sagt Gehring:

„Anschauungsgrundlage ist die Praxis. Aller Unterricht gilt der Praxis, dem Beruf. In der Staatsbürgerkunde gehe man ebenfalls vom Berufsleben aus. Die Textilarbeit im Rahmen staatlicher Pflichten und Rechte. Der Zusammenhang dieser Industrie mit allen anderen Erwerbszweigen, das sollen die leitenden Gesichtspunkte sein. Man denke nicht, daß dieses einseitig geschieht; der Beruf ist die Hauptfache im Leben. Aus seiner Perspektive sieht man die Dinge der Welt. Der Unterricht muß natürlich ohne Tendenz in wirtschaftlicher oder parteipolitischer Hinsicht (?) sein. Von Zeit zu Zeit finden dann freie Besprechungsstunden statt.“

Weiter wird dann noch gesagt: „... Elternunterhaltungsabende und Weihnachtsfeiern mit starker Aktivität der Lehrlinge bilden das Programm, das durch Ausflüge, die natürlich fachlich eingestellt sind, ergänzt wird.“

Auch die sächsischen Textilindustriellen glauben, neben der Facharbeiterausbildung mit Weihnachtsfeiern und sonstigen schönen Dingen ein inniges Verhältnis mit den Lehrlingen - den zukünftigen Arbeitern - zu schaffen.

Hier überwiegt die Tendenz, zufriedene Arbeiter zu schaffen, die durch ihr berufliches Können, über die Allgemeinheit herausgehoben, eine Schutzgarde für das Unternehmertum bilden sollen.

Wir glauben nicht, daß die Unternehmer auf diesem Wege Erfolge buchen können. Die Textilindustriellen sollen sich vor allen Dingen vergegenwärtigen, daß die Arbeiter der Textil-

Von den Lohnbewegungen.

Ende des Kölner Lohnstreits.

Nachdem seitens der Gewerkschaften beim Schlichter in Köln die Verbindlichkeitsklärung des Schlichterspruches vom 29. Dezember 1927 beantragt worden war, berief dieser die Parteien zu einer Einigungsverhandlung zum 20. Januar 1928 zusammen. In dieser Verhandlung machte der Schlichter einen Vergleichsvorschlag. Da sich jedoch die Parteien über den Vorschlag des Schlichters nicht entscheiden konnten, wurde die Verhandlung zum 23. Januar 1928 vertagt. In diesem Tage gelang es, eine die Arbeiterschaft befriedigende Lösung zu finden. Beide Parteien erkannten den Schlichterspruch vom 29. Dezember 1927 an, jedoch mit der Aenderung, daß die Hilfsarbeiterstundenlöhne in den drei höchsten Altersstufen um je 1 Pf. ermäßigt werden. Dafür erhalten jedoch die Altordarbeiter, die einen Ueberverdienst von mehr als 30 Prozent erzielen, eine Zulage von 2 Pf. die Stunde. Nach dem Schlichterspruch hätten betanntlich diese Altordarbeiter keine Erhöhung erhalten.

Tarifstreit in Weida und Triebes.

Seitens unserer Organisation wurden die bestehenden Lohn- und Mantelverträge für diese Betriebe zu Ende Januar gekündigt. Gefordert wurde ein Spitzenstundenlohn von 70 Pf. Für den Manteltarif wird gefordert: Erhöhung des Altordzuschlages auf 30 Proz. sowie eine bessere Ferienregelung. Der Arbeitgeberverband, dem diese Forderungen unterbreitet wurden, stellte an unsere Organisation das Ansinnen, die Forderungen zu ermäßigen, erst dann könne er über den neuen Abschluß eines Lohn- und Manteltarifvertrages verhandeln. Dieses Ansinnen wurde seitens der Organisation abgelehnt.

Die Bergarbeiter melden Lohnforderungen an.

Auf einer am 22. Januar in Bochum stattgefundenen Revierratskonferenz der Bergarbeiter wurde zur Beseitigung der immer unerträglicher werdenden Verhältnisse u. a. auch eine Abänderung der derzeitigen Lohnverhältnisse zugunsten der Bergarbeiter gefordert. In einem Referat legte der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Genosse Husemann, dar, daß es nach vorliegenden Berichten über das Wirtschaftsjahr 1927 der Bergwerks- und Hüttenindustrie wohl möglich

ist, die Lohnquote zu erhöhen. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß das Jahr 1927 für diesen Zweig der Wirtschaft ein Rekordjahr war. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 10. und 13. Januar 1928 berichtet hierüber folgendes: „Die Roheisenproduktion stieg von 9,64 Millionen Tonnen im Jahre 1926 auf 13,1 Millionen Tonnen. In den einzelnen Monaten des Jahres 1927 war eine Steigerung von 60 bis 71 Prozent gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1926 zu verzeichnen.“

„Die Kohlenförderung Deutschlands aus. Sie betrug im jetzigen Gebietsumfang: Steinkohle 1913: 140,75, 1926: 145,36, 1927 (Dezember geschätzt): 153 Millionen Tonnen. Braunkohle 1913: 87,23, 1926: 139,88, 1927 (Dezember geschätzt): 150 Millionen Tonnen.“

Im Ruhrbergbau betrug die Förderung 1913: 114,2, 1920: 112,2, 1927: 118,1 Millionen Tonnen. Es ist also gegenüber dem Jahre 1913 eine Steigerung von 3,5 Prozent, gegenüber dem Jahre 1926 von 4,4 Prozent zu verzeichnen.

Diese Steigerung der Förderung ist zu verzeichnen bei einer geringeren Zahl von Arbeitern wie 1913.

Die Belegschaftsstärke im Ruhrgebiet betrug 1913: 426 033, 1926: 385 153, 1927 (November): 398 823 Mann. Es sind also 27 210 Arbeiter weniger beschäftigt als 1913.

Gegenüber Jahreslohn 1926 wurden im Ruhrbergbau 16 673 Mann oder 4,1 Prozent der Belegschaft abgebaut.“

Festgestellt also ist, daß die vorgenommene Technisierung und Rationalisierung sich für die Werke und Gesellschaften gelohnt hat, die Arbeiterschaft aber leer ausging. Die Bergarbeiter sind bereit, dieses in Zukunft durch entschlossenen Kampf zu ändern. In einer auf der Konferenz angenommenen Entschließung wurde den Vorschlägen der Verbandsleitung in bezug auf die Lohn- und Arbeitszeitfragen einmütig zugestimmt und der Verbandsvorstand beauftragt, zum ersten fälligen Termin die Kündigung des Lohnvertrages und des Mehrarbeitsabkommens auszusprechen. In einer weiteren von einer überwältigenden Mehrheit angenommenen Entschließung wird um einen Erfolg der eingeleiteten Bewegung zu sichern, vom Vorstand verlangt worden, mit den schärfsten sühnungsgemäßen Mitteln gegen Mitglieder und Funktionäre des Verbandes vorzugehen, die gegen die Richtlinien der Organisation während dieser Bewegung verstoßen. Offen wurde zum Ausdruck gebracht, daß das wiederholte Eingreifen der kommunistischen Parteileitung in gewerkschaftliche Angelegenheiten schwere Schädigungen der Arbeiterschaft verursacht hat und dem Arbeiterverrat gleichzusetzen ist, weshalb in Zukunft dergleichen nicht mehr gebuldet werden soll.

industrie zu den schlecht entlohntesten innerhalb der deutschen Arbeiterschaft gehören. Schon diese Tatsache allein wird den Mangel an jungem Nachwuchs verschärfen, weil die jungen Arbeiter in erster Linie gelernte Berufe wählen werden, die ihnen für die Zukunft bessere Lebensmöglichkeiten bieten, als sie ihnen die Textilindustrie zunächst bietet.

Die Frage des Facharbeitermangels der Textilindustrie ist und bleibt eine Frage des Arbeitslohnes. Alle anderen Versuche müssen fehlschlagen. Die Textilindustriellen müssen sich eben bemühen, die Löhne so zu stellen, daß sie denen, die in anderen Industriezweigen gezahlt werden, gleichgestellt sind. Auf diese Weise wird am schnellsten der Facharbeitermangel behoben werden und die Textilindustrie wird daran profitieren. Damit wollen wir nicht etwa sagen, daß wir uns gegen die Facharbeiterausbildung stellen. Im Gegenteil, wir begrüßen es, wenn der Facharbeiterausbildung größere Aufmerksamkeit seitens der Unternehmer geschenkt wird. Aber diese Facharbeiterausbildung darf nicht Mittel zu Neben- und Nebenabsichten sein.

Echt kommunistisch!

In der „Bergwacht“ (Waldenburg i. Schles.) lesen wir unter obiger Ueberschrift folgendes:

„Im August vorigen Jahres, als die günstigste Konjunktur in der Freiburger Uhrenindustrie einsetzte und fast täglich neue Arbeitskräfte eingestellt wurden, versuchte der kommunistische Betriebsrat im Betrieb I auf die Direktion des Betriebes einen Druck auszuüben, um elf früher entlassene Arbeiter wieder einzustellen. Zu diesem Zweck wurde am 18. August eine Betriebsversammlung einberufen, in der auf Vorschlag und Befürwortung eines ehemaligen Betriebsratsmitgliedes, des jetzigen kommunistischen Angestellten des DBV, namens Krause, beschlossen wurde, „Ueberstunden in tarifmäßigen Grenzen so lange zu verweigern, bis die Direktion verhandlungsbereit sei“. Nach kurzer Zeit mußte dieser Beschluß, der nach den Bestimmungen des Tarifvertrages nicht zu halten war, aufgehoben werden.“

Im Verfolg dieses Vorfalles hatte nun die Firma die Betriebsräte beim zuständigen Gericht verklagt, und mußten jetzt die Beklagten in einen Vergleich einwilligen, dessen maßgebender Teil, wie aus einem Aushang am schwarzen Brett der Firma hervorgeht, also lautet:

„Die Betriebsratsmitglieder Assert, Krusche und Steiner erkennen an, daß sie durch ihr Verhalten in der Versammlung am 18. August und in der Folgezeit den Betrieb der Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken A.-G. nicht vor einer Erschütterung bewahrt und sich durch ihr Verhalten einer Pflichtverletzung ihrer Aufgaben als Betriebsratsmitglieder schuldig gemacht haben.“

Sie bedauern das Vorkommnis und versichern, derartige Vorfälle in Zukunft, soweit es in ihrer Macht steht, verhindern zu wollen. Die Kosten übernehmen die Betriebsratsmitglieder Assert, Krusche und Steiner als Gesamtschuldner.“

Damit ist wieder eine Aktion der K.P.D., die als einziger Erfolg den jetzigen Zurückzieher brachte, elend verpufft. Wenn das aber Sozialdemokraten wären, dann möchten wir dieselben Herren hören. Arbeiter, zieht die Nutzenanwendung daraus und folgt nicht immer wieder den Schmalmeingelängen dieser Herren, die auch nur mit Wasser kochen und von deren Anfangs so großer Courage zum Schluß so wenig übrig bleibt.“

Den Ausführungen der „Bergwacht“ ist weiter nichts hinzuzufügen. Bemerkenswert sei aber, daß auch der Freiburger Filiale unseres Verbandes durch die Dr.-Eisenbarth-Kuren kommunistischer Strategen vor Jahren viel Schaden zugefügt wurde. Intensivster Arbeit verantwortungsbewußter Kollegenkreise bedürfte es, um den angerichteten Schaden wieder gutzumachen.

Entwicklung mit Skandalen.

I. Außenhandel und Konjunktur.

Das Reichsstatistische Amt gibt die deutsche Wareneinfuhr (reiner Warenverkehr, d. h. ohne die Einfuhr von Gold und Silber) für das Jahr 1927 mit 14,143 Milliarden Mark an gegenüber 10,001 Milliarden Mark im Jahre 1926 und 12,362 Milliarden Mark im Jahre 1925. Die Ausfuhr steigerte sich von 8,798 Milliarden Mark im Jahre 1925 auf 9,783 Milliarden Mark im Jahre 1926 und 10,219 Milliarden Mark im Jahre 1927. Demnach ergibt sich ein Einfuhrüberschuß, eine sogenannte Passivität, von 3,924 Milliarden Mark, während die Passivität im Jahre 1926 nur 213 Millionen, im Jahre 1925 dagegen 3,564 Milliarden Mark betrug.

Die wachsende Passivität unseres Außenhandels hängt ohne Zweifel mit der deutschen Inlandkonjunktur während des Jahres 1927 zusammen. Die Ausdehnung der Produktion, die durch Hereinströmen der Auslandsanleihen begünstigt wurde, bedingte vor allem eine vermehrte Rohstoffeinfuhr. Die Einfuhr an Rohstoffen und Halbfertigwaren machte im Jahre 1927 7,149 Milliarden Mark aus gegen 4,347 Milliarden Mark im Jahre 1926 und 6,211 Milliarden Mark im Jahre 1925. Zum besseren Verständnis der Zahlen sei darauf hingewiesen, daß 1927 und 1925 Konjunkturjahre waren, während das Jahr 1926 mit einer fallenden Rohstoffeinfuhr ein ausgeprägtes Krisenjahr war.

In der Textilwirtschaft unterlagen die Ein- und Ausfuhr in den letzten drei Jahren folgender Entwicklung:

	1925	1926	1927
(in Millionen Reichsmark)			
Einfuhr			
Rohseide und Florettseide . . .	140,0	104,5	165,5
Wolle und andere Tierhaare . . .	655,6	576,4	760,0
Baumwolle	885,9	597,6	832,6
Flachs, Hanf, Jute usw.	292,2	147,3	209,7
Ausfuhr			
Rohseide und Florettseide	6,7	4,4	7,3
Wolle und andere Tierhaare	138,3	130,3	177,3
Baumwolle	124,1	130,2	172,4
Flachs, Hanf, Jute usw.	8,6	8,4	8,3

II. 14 Proz. Standarddividende.

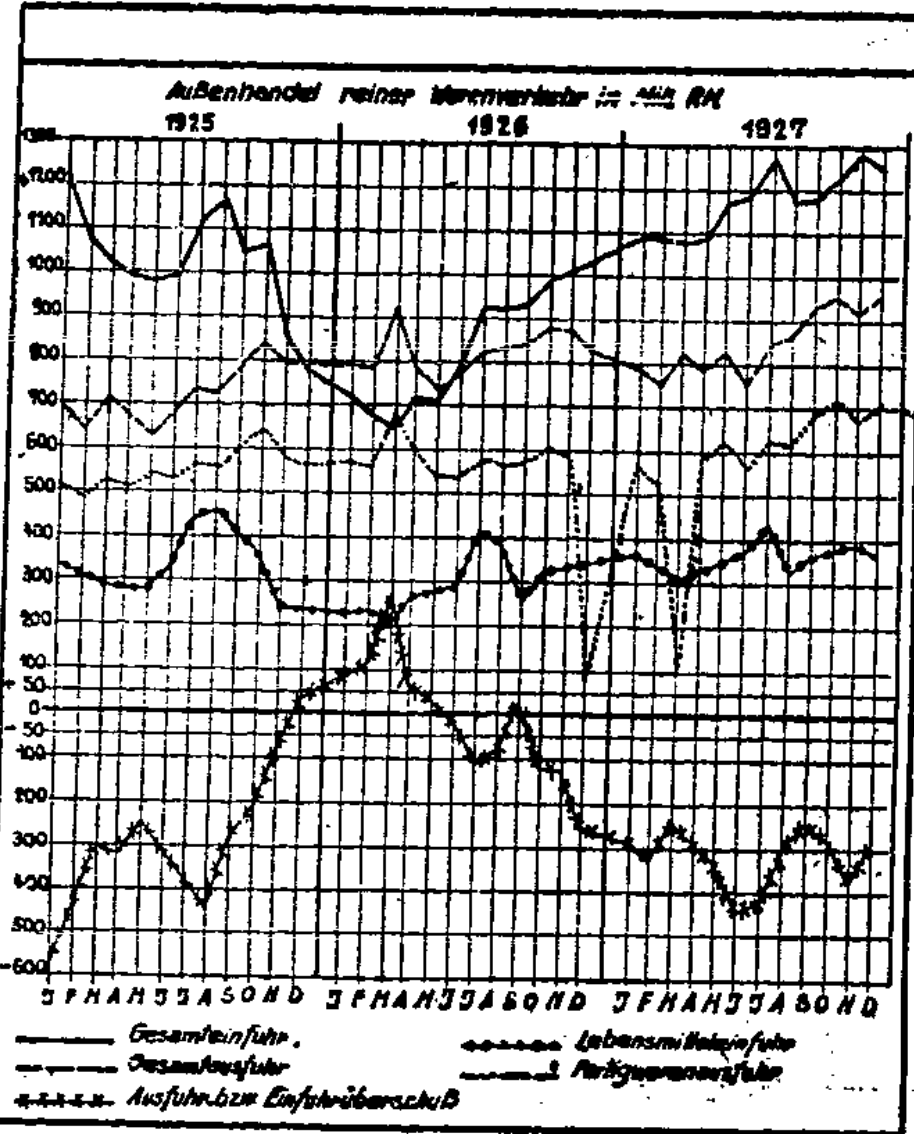
Die J. P. Bemberg & Co. in Barmer, die zusammen mit der Elberfelder Glanzstofffabrik und der J. G. Farbenindustrie die deutsche Kunstseidenindustrie beherrscht, erhöhte ihre Dividende von 8 auf 14 Proz., wie bereits gemeldet wurde. Das ist sicherlich eine sensationelle Dividendensteigerung. Es handelt sich selbstverständlich nicht um eine zufällige Maßnahme, wie bei einem kleinen Unternehmen, das mal zufällig gut verdient hat und nun seinen Aktionären auch etwas zukommen lassen will. Ein Konzern wie die J. P. Bemberg geht in seiner Dividendenpolitik von ganz anderen Erwägungen aus. Wir haben deshalb in der angekündigten 14prozentigen Dividende eine Standarddividende zu sehen. Das Barmer Unternehmen fühlt sich stark genug, auch in Zukunft 14 Proz. auszuschütten.

Die Kunstseide triumphiert! In der Generalversammlung des Bemberg-Konzerns machte der Vorsitzende u. a. folgende Ausführungen: Gerade im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die Grundlagen für Qualitäts- und Verfahrensverbesserungen von weittragender Bedeutung geschaffen werden. Wir sind im Begriff, diese Neuerungen dem Betrieb zu überweisen und versprechen uns davon große Erfolge in Industriezweigen, die wir bisher nicht zu unseren Abnehmern zählten. Unsere jetzige Produktion ist praktisch bis Ende Juni ausverkauft, und wir hätten schon Aufträge für das zweite Semester buchen können, was wir aber nicht für zweckmäßig hielten. Die Bemberg-Seide hat der sächsischen Strumpfindustrie neue Impulse gebracht, in der wir für die kommende Frühjahrssaison, ebenso wie in der Baumwoll- und Seidenweberei großen Bedarf voraussehen. Wir führen deshalb das geschlossene Vergrößerungsprogramm mit Energie durch und hoffen, mit den uns jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen (der Konzern hat sein Kapital nicht unwesentlich erhöht), wenn die Entwicklung uns nicht vor größere Aufgaben stellt, was ich persönlich nicht für ausgeschlossen halten möchte. In der Weberei in Augsburg werden demnächst mit etwa 700 Webstühlen

Stoffe hergestellt werden, bei denen Bemberg-Selbengarn Verwendung findet; wir legen größten Wert darauf, daß nur marktgängige Waren hergestellt werden. Bemberg-Stoffe sind im Begriff ebenso populär zu werden wie Bemberg-Strümpfe. Vorauslagen sind schwierig in einer Zeit, in der so viel von der persönlichen Einstellung zu den Gegenwartsfragen abhängt. Ich für mein Teil glaube Veranlassung zu einer optimistischen Beurteilung der wirtschaftlichen Erholung und Weiterentwicklung zu haben; ich glaube deshalb unter gegebenen Bedingungen der normalen gelunden Fortentwicklung unserer Gesellschaft ein günstiges Horoskop stellen zu dürfen.

III. Der Gefrierfleischskandal.

Als die Rechtsregierung im Sommer 1925 die überfetzten Agrarzölle einfuhrte, wollte sie auch die Importe an Gefrierfleisch, auf das besonders die breiten Volksschichten angewiesen sind, mit hohen Zöllen belegen. Das löste einen Sturm der Entrüstung aus. Daraufhin bequemten sich die Rechtsparteien, der Einfuhr von 120 000 Tonnen zollfreiem Gefrierfleisch zuzustimmen. Der Handel



übernahm die Verpflichtung, dieses zollfreie Fleisch mit einem mäßigen Aufschlag den Konsumenten, den Kleinverbrauchern zuzuleiten. Durch diese Regelung wollte man der minderbemittelten Bevölkerung billiges Fleisch sichern.

Mit der Durchführung und der Kontrolle der Gefrierfleischimporte und des Gefrierfleischverkaufs wurde das Reichsernährungsministerium beauftragt. In diesem Reichsernährungsministerium sitzt aber der Beauftragte der deutschen Großagrarien, der Reichsminister Schiele. Der hatte gar kein Interesse daran, daß billiges Gefrierfleisch auf den deutschen Markt kam, wo es ja nur dem deutschen Fleisch, den deutschen Agrariern, Konkurrenz machen konnte. Wenn die Händler mit zollfreiem Gefrierfleisch wucherten, konnte es diesem Reichsminister, der natürlich der Deutschnationalen Partei angehört, nur recht sein. Das bedeutete für die deutschen Agrarier eine Konkurrenz weniger und die Möglichkeit, mit ihren Produkten ebenfalls zu wuchern. Der Minister drückte dann nicht nur ein, sondern beide Augen zu; er sah nicht, was die Händler, besonders die Großhändler mit dem Gefrierfleisch machten. Bald aber hieß es in der Öffentlichkeit, es ginge bei dem Gefrierfleischverkauf nicht mit rechten Dingen zu. Man behauptete, daß bestimmte große Firmen an dem Gefrierfleischverkauf Monopolgewinne erzielten, die in die Millionen gehen.

Da das Reichsernährungsministerium immer noch seinen Finger rührte, nahm sich schließlich der Enqueteausschuß der Sache an. Es wurde eine Untersuchung angestellt, die einen Riesenstandal im Gefrierfleischhandel enthüllte. Im Jahre der großen Krise, besonders im Anfang des Jahres 1926, entwickelte sich eine starke Nachfrage nach Gefrierfleisch. Die zugestanden 120 000 Tonnen genigten nicht, um den drängenden Bedarf zu decken. Deshalb mußte zollfreies Gefrierfleisch eingeführt werden, das sich natürlich teurer stellte als das zollfrei eingeführte Fleisch. Was machte aber der Großhandel? Er benutzte den Mangel an Gefrierfleisch, um an dem zollfrei eingeführten Fleisch Monopolgewinne zu erzielen, die pro Pfund bis zu 7 Pf. ausmachten. Wie der Enqueteausschuß festgestellt hat, verdiente der Großhandel durch diese Monopolgewinne in Jahresfrist rund 14 Millionen Mark.

Um diese Summe wurden die Ärmsten der Ärmten geprellt, die eben auf den Gefrierfleischgenuß angewiesen sind. Die wirklichen Gewinne werden wahrscheinlich viel höher liegen; u. a. wurde auch mit der Berechtigung, zollfreies Gefrierfleisch einzukaufen, mit den sogenannten Kontingentscheinen ein schwunghafter und lohnender Handel getrieben. Der Besitzer von Kontingentscheinen ging eben ans Telefon und telephonierte mit einem Gefrierfleischhändler über den Verkauf seines Kontingentscheines und verdiente damit in wenigen Minuten einige tausend Mark, ohne daß er auch nur die Hand geführt hätte. In den Feststellungen des Enqueteausschusses wird auf eine Hamburger Firma hingewiesen, die in der Zeit vom September 1926 bis Mai 1927 rund 227 Tonnen ihres Kontingents verkaufte und dabei, ohne irgendeine tatsächliche Leistung, für die hohe Ueberlassung ihrer Kontingentscheine einen Gesamtgewinn von 46 000 Mark erzielte. Das ist noch ein Geschäft, wenn auch kein ehrliches Geschäft. Wir aber fragen, was der Staatsanwalt über einen derartigen Wucher denkt?

Die einzigen Stellen, die sich an dem Handel mit Gefrierfleisch nicht beteiligten und keine unerlaubten Aufschläge genommen haben, sind die Konsumvereine. Die Öffentlichkeit kann mit Recht verlangen, daß in Zukunft die Konsumvereine nur allein mit dem Handel von Gefrierfleisch beauftragt werden.

IV. Sie verpulvern weiter Steuergelder.

Die Landwirtschaft ruft wieder einmal nach Staatshilfe. Bekanntlich haben die Landwirte ihre Wechsel, die am Schluß des Jahres 1927 fällig waren, zum Teil nicht eingelöst. Die Banken gehen nun mit scharfen Mitteln gegen die Landwirte vor, so daß viele Betriebe durch Zwangsvollstreckungen bedroht sind. Auf der Insel Rügen hat man sogar — Reichslandbündpropaganda, um neue Staatssubventionen herauszuschlagen — einen Pächterstreik inszeniert. Man erzielte auch, daß sich die Reichsregierung mit neuen Kreditationen beschäftigt und die Steuerzahler werden wohl das Vergnügen haben, wieder mal Hunderte von Millionen Mark auszubringen, um bankrotte Großbetriebe über Wasser zu halten.

Dieses Urteil klingt herzlos. Es entspricht aber nur den Tatsachen. Die Not der Landwirtschaft ist kein Zufall, sondern sie ist der Ausdruck ihrer produktionsstechnischen Rückständigkeit. Wenn man uns sagen würde, die Landwirtschaft in Ostpreußen oder Pommern braucht 100 oder 150 Millionen Mark, womit die Betriebe wirklich wieder leistungsfähig werden, könnte man sich mit diesem Opfer abfinden; denn die Landwirtschaft ist noch immer ein wichtiger Teil der Käuferkraft, die die Waren unserer Industrie und besonders der Textilindustrie abnimmt. Diese Garantie kann aber niemand geben. So verpulvern wir Staats- und Steuergelder, ohne daß wir der Landwirtschaft wirklich helfen.

Man verkennt eben die große Bewegung, die sich in der deutschen Landwirtschaft vollzieht. Es handelt sich um eine Agrarrevolution, wie wir sie seit einem Jahrhundert nicht mehr erlebt haben. Der Großgrundbesitz erweist sich, besonders in unseren östlichen Provinzen, als unwirtschaftlich. Er muß liquidiert werden, wenn die Rentabilität in unfrem wichtigsten Wirtschaftszweig wiederhergestellt werden soll. Das ist ein historischer Prozeß, an dem niemand etwas ändern können. Auch der Reichsernährungsminister Schiele nicht, der zu guter Letzt mit vollen Händen Staatsgelder zum Fenster hinauswirft, um schließlich nur Stimmung unter dem Landvolk für die nächste Reichstagswahl zu machen und jugkräftige Wahlparolen für die ebenfalls notleidend gewordene Deutschnationale Volkspartei zu schmieden.

Frauen vor dem Spiegel.

Viele junge Frauen standen vor dem Spiegel so wie du in manchen Nächten, ehe zur Ruhe sie gingen und lächelnd die Gewißheit in sich bargen, daß sie mit ihren Reizen nicht zu fargen brauchen vor dem Liebsten.

Viele junge Frauen standen vor dem Spiegel so wie du in manchen Nächten, ehe zur Ruhe sie gingen und bedachten nicht, daß ihres Körpers Schönheit, ihrer Augen steghaft Licht war Zufallsprodukt allmächtiger Natur.

Viele junge Frauen standen vor dem Spiegel so wie du in manchen Nächten, ehe zur Ruhe sie gingen und suchten ihrem Schicksal, weil nicht vollkommen die Gestalt und bittere Lebensqual an ihrer stolzen Seele nagt.

Sie aber waren doch die Reichen und Vollendeten: wenn sie der Gehnucht Wünsche in ihr Innere wendeten, erblickten Geist und Herz in reiner Harmonie, und sie erschafften schon wie nie zuvor als Klang der Erde.

Luci Opatz.

Unterm Strohdach.

Stizze von Anna Mosgard.

Fast zwanzig Jahre wohnten sie in der kleinen strohgedeckten Hütte. Heiter und zufrieden waren diese drei Menschen allezeit gewesen, mit niemand hätten sie getauscht. Sie hatten ihr Hüttchen, ihr Gärtchen, ihr Stück Land, das sie nährte, eine Kuh im Stall, die ihnen mehr Milch gab, als sie täglich zu ihrer Nahrung gebrauchten, was bedarf es da mehr, um glücklich zu sein! Freilich arm, sehr arm hatten der Peter und die Maren begonnen; ihr eiserner Fleiß hatte sie dahin gebracht, wo sie jetzt waren. Peter sah nämlich vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf dem Schusterhammer, während Frau und Tochter das Feld und das Vieh besorgten. Andree, ihre Tochter, das war ein Brautmädel. Ihr Stolz war's, das einzige Kind, das ihnen von vieren geblieben. Andree war siebzehn Jahre, schlank gewachsen, braun gebrannt, gesund und stark. Alle drehten sich um nach ihr, wenn sie mit ihren vollen Armen Wehren abtrug, wenn sie die buntgeschedte Wiege am Feldrain grasen ließ, oder wenn sie bei schlechtem Wetter, grad wie in den Jahren der Kindheit, mit der Kuh unterm Regenschirm stand! Wie oft hatte der reiche Bramsen ihr schmunzelnd nachgesehen.

Bramsen war im gewissen Sinne Peter Stotts Nachbar. Sein prächtiger Herrenhof lag der strohgedeckten Hütte am nächsten. War er bei guter Laune, so warf er wohl einmal seinen Blick in Peters stilles häusliches Glück und sagte: „Na, Nachbar, wie geht's?“ Und Peter riß die Müge vom Kopfe ab der großen Ehre, vom reichen Bramsen „Nachbar“ angeredet zu werden. Freilich der reiche Bramsen, der kannte das „häusliche Glück“ nur vom Hörenwagen. Die Knechte und Mägde stoben in seinem Hause aus und ein, wie in einem Laubenschlage, denn die geizige Frau Bramsen schwang das Jexer. Schon des Morgens gab's Buchweizenbrühe in Milch, des Mittags frühe Grütze, des Abends Grütze mit Buttermilch, den

nächsten Tag gebratenen Speck und Grütze und so fort, Speck und Grütze zum Ueberdruß. Die Knechte schlichen dann um's Herrenhaus und sogen den Duft der lederen Speisen ein, und wenn sie dann entlassen wurden, erzählten sie oft Dinge, daß sich einem die Haare auf dem Kopf sträubten. Das war ein Leben auf dem Hof des reichen Bramsen! Bramsen tröstete sich auf seine eigene Weise. Er fuhr nach der Stadt, suchte sein Vergnügen dort, wo es nicht so wenig kostete.

Um die Wirtschaft kümmerte er sich nicht allzu viel, mochte es gehen, wie es wollte.

Der Frühling war ins Land gekommen, Gänseblümchen und wilde Stiegmütterchen blühten auf der Weide. Die buntgeschedte Kuh trabte mit Behagen an der Weidornhecke längs, Andree sah mit dem Strickstrumpf am Felbesrein, aber sie strickte nicht; aus Gänseblümchen flocht sie einen Kranz. — „Guten Morgen, Andree!“ Das Mädchen sah sich erschrocken um. Das war ja der reiche Bramsen. „Guten Morgen!“ warf sie ihm gleichgültig hin. „Schönes Wetter heute!“ „Ja, 's ist Frühling geworden,“ gab sie zurück und ließ die Stiele der Gänseblümchen emsig durch die Finger gleiten. — Der reiche Bramsen ging weiter. An der strohgedeckten Hütte blies er stehen. Andrees Mutter, ein spindelbürrer Weibchen, war im Garten mit Erbsenlegen beschäftigt. Der alte Stött fütterte die Kühen. Im Hof sprangen die jungen Ziegenlämmer freudig und quer. Geatlet Langbein hatte sein altes Nest droben auf dem Strohdach wiedergefunden; es war wirklich Frühling geworden.

„Morgen, Nachbar Stött!“ rief der reiche Bramsen über den Zaun hinüber zu den Alten. — „Morgen, Morgen, Herr Bramsen!“ dienerte der Angeredete. „Schon so früh unterwegs?“ — „Na, Nachbar, ich hab mit euch zu reden.“ — „So!“ — „Ja, um euer Mädel, um Andree ist's.“ — „So!“ — „Nachbar, die Andree ist jetzt schon siebzehn Jahr, meint ihr nicht, daß es Zeit wäre, hm — daß sie mal die Füße unter'n Herrenhof stecke? Es ist doch immer nett, wenn so'n junges Mädel im Haushalt was lerni.“ — „Ja, schon

Aus der Textilindustrie.

Betriebsöffnung der Neuen Glasstoffwerke N. G. in Breslau im Juni dieses Jahres.

Wie berichtet, wird die von der Neuen Glasstoffwerke N. G. in Ravallen bei Breslau eingerichtete Kunstseidenfabrik im Juni d. J. den Betrieb mit 2000 Arbeitern aufnehmen.

Textilmärkte.

Arbeitsherde in U. S. A. in Lancashire und Cady.

Von unserem sachmännischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Schon um die Jahreswende war die Stimmung an den Baumwollmärkten schwächer, nicht zuletzt deshalb, weil der Geschäftsgang in den amerikanischen Baumwollgewerken wesentlich ruhiger geworden war.

Das erklärt sich aus verschiedenen Gründen. Auch die Spinnereten und Webereien haben zum Teil eine vielmonatige oder gar mehrjährige Hochkonjunktur hinter sich, die sich jetzt abzuschwächen scheint. In England aber, dem Lande, das auch heute noch den weitaus größten Baumwollbedarf von sämtlichen europäischen Staaten hat, hat sich die Lage des Spinnereigewerkes, man möchte fast sagen von Woche zu Woche, weiter zuspitzt.

Das ist eine traurige Bilanz. Die Erscheinungen in Lancashire kann man auch nicht verallgemeinern. Sie sind ein Ausdruck der Rückständigkeit der dortigen Textilindustrie. (Geringe Konzentration, kleine und leistungsunfähige Betriebe.)

Wir haben bereits in einem unserer vorigen Berichte gesagt, daß aus Lancashire für die ganze europäische Textilwirtschaft Heberäufungen kommen können. Der Augenblick scheint da zu sein.

In Nordamerika kommen große Stilllegungen von Textilbetrieben in den Nordstaaten, besonders in den sogenannten Neuenglandstaaten, in Frage. Auch hier hat man für Belegstätten im Umfange von 15 000 Köpfen Lohnherabsetzungen bis zu 10 Proz. vorgenommen.

Es handelt sich also um eine durchaus spezifisch amerikanische Erscheinung. Deshalb darf man die Krise der Textilwirtschaft in den Neuenglandstaaten Amerikas ebenso wie die Krise in Lancashire nicht auf europäische Länder übertragen und verallgemeinern.

Politische Wochenschau.

Vorbereitungen für den Wahlkampf. — Neue Kreditschritte für die Agrarier. — Die Differenzen im Zentrum. — Die Zahlungen an die Ruhrindustriellen. — Deutschnationale und Reichstag.

Die große politische Aussprache im Reichstag, die mit der ersten Beratung des Haushalts verbunden war, ist ohne besondere Zwischenfälle zu Ende gegangen. Es herrscht bei allen Parteien die Ueberzeugung, daß der Reichstag nur noch den Etat durchberaten, aber keine sonstigen größeren Arbeiten ausführen wird.

das Reich einen Teil der Zinszahlung übernehmen will. Das geschieht zu der gleichen Zeit, in der den Kommunen die Aufnahme von Auslandsanleihen gesperrt worden ist.

In diesen Tagen beginnen die Verhandlungen des Parteivorstandes des Zentrums, die sich mit den Differenzen zwischen dem Reichstanzler Dr. Marx und den christlichen Arbeitersekretären beschäftigt. Als Vorstudie dazu hat der Parteivorstand die christlichen Arbeitersekretäre beschäftigt.

Trotz der schweren Finanzlage des Reichs, die sich durch die volle Auswirkung des Dawes-Abkommens im nächsten Jahre noch verschlimmern muß, bereitet die Reichsregierung eine neue große Hilfsaktion für die Landwirtschaft vor, genauer gesprochen, für den Großgrundbesitz vor.

Der Reichstag hat jetzt die Beratung über den Bericht des Untersuchungsausschusses über die an die Ruhrindustriellen gezahlten Entschädigungen in Höhe von 715 Millionen zu Ende geführt. Der Ausschuss hatte festgestellt, daß Ueberzahlungen vorgenommen worden sind, deren Höhe von der Sozialdemokratie auf etwa 80 Millionen beziffert wurde.

Zwei bezeichnende Vorfälle: In einer Versammlung des Landbundes in Stettin erklärte der deutschnationale Reichsinnenminister v. Reubell, der als Vertreter der Regierung erschienen war, er habe es für wichtiger gehalten, in diese Versammlung zu kommen, statt sich im Reichstag mit anzuhören, wie er persönlich angegriffen werde.

nisse in Polen gesagt werden. Im Lodzer Zentrum der polnischen Textilwirtschaft hat man die Preise um 8 bis 10 Proz. erhöht mit der Begründung, daß die Löhne sonst nicht tragbar seien.

Die Neigung zum Kaufen auf dem Baumwollmarkt zu erhöhen und die Baumwollpreise zu haufieren. Ueberdies wird aus Amerika berichtet, daß man für das nächste Jahr mit einer sehr erheblichen Steigerung der Anbaufläche rechnen könne.

Etwas anders sieht es auf den Wollmärkten aus. Die Nachfrage nach letzten Wollstoffen ist überall groß geblieben. Das hat die Spinner aller Länder, vielleicht von den amerikanischen Spinnern abgesehen, veranlaßt, stärker zu kaufen als ursprünglich angenommen werden konnte.

recht, ich geb sie aber nicht gerne her, die Andree. Die Welt ist heutzutage so schlecht. — „So, so! Die Stadt wäre allerdings zu verführerisch für ein Mädel wie eure Andree. Aber meine Frau sprach neulich davon, daß die Andree ihr gefalle. Wenn ihr wolltet? Die Andree soll's wahrlich nicht bereuen.“

Freude und Lust, alles hatte der Herbstwind aus der strohgedeckten Hütte vertrieben. Einmal und kalt war's drinnen geworden. Alles war weiß behangen. Kein Laut, nicht mal die Uhr tickte.

Die Stat'pieler.

Eine Anekdote von Paulus.

Es war in der Adventszeit. Draußen lag tiefer Schnee. Im Nebelwäldchen der norddeutschen Dorfwirtschaft spielten zwei Jäger, reiche Bauern der Gegend, mit ihrem Herrn Pastor Stat.

Am nächsten Morgen, es war ein Adventssonntag kurz vor Weihnacht, betrat der Herr Pastor feierlich die Kanzel, betete und hub dann, wie immer, also an: „Siehe Gemeinde in dem Herrn, höret in Umbacht das Evangelium des heutigen Sonntages, welches also geschrieben steht...“

„Wo der Herrgott eine Kirche erbauet,“ so sprach er, „dahin geht auch logleich der Teufel seine Kirche der Sünde und des Lasters! Die Menschen gehen nicht mehr in die Kirche des Herrn, und lesen sie aus dem Gebetbuche des Herrn! Nein, diese sündhaften Säufer gehen in die Kirche des Satans. Und in ihren großmächtigen Häufen halten sie das Gebetbuch des Teufels. Blatt für Blatt reißten sie heraus und schlugen es mit Krachen auf den Tisch, daß die Glöckchen klangen, und jedesmal brüllte ihr Lastermaul: „Trumpf! Trumpf! Trumpf!“

Und dabei schlug der Pastor auch kräftig mit der Faust auf die Kanzel. Dann aber sprach er feierlich: „Aber ich sage nicht Trumpf, wie jene Trunkenbolde, nein, ich jauchze und sage Triumph.“

Der berühmte und vollstümliche Kanzelredner hatte wieder einmal eine glänzende Predigt gehalten. Vor der Kirche standen Männer und Frauen in Gruppen zusammen und sprachen eifrig über das Ereignis.

Über der geistliche Herr war in guter Stimmung: „Was gibt die Predigt?“ so sprach er rasch. „Drei Buddel Koffspan“, lautete die Antwort. Lapp, was war sich etwig und ging nach Hause.



Ausschuß-Sitzung des IOB.

vom 17. bis 20. Januar 1928 in Berlin.

Der vom 17. bis 20. Januar 1928 im Gewerkschaftshaus in Berlin abgehaltenen Ausschußsitzung des IOB. wohnten Vertreter folgender Länder bei:

Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Letland, Niederlande, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn.

Auf Grund eines Beschlusses der vom 7. bis 9. November 1927 in London abgehaltenen Vorstandssitzung nahmen auch einige Stellvertreter der genannten Länder an der Sitzung teil. Da der Pariser Kongreß des IOB. beschlossen hat, das Mandat der drei stimmberechtigten Vertreter der internationalen Berufssekretariate im Ausschuß zu lösen und die Berufssekretariate im Ausschuß Weise zur Mitarbeit heranzuziehen, waren in den Sitzungen zur Besprechung des Tätigkeitsberichts und des Aktionsprogramms auch Delegierte der Berufssekretariate anwesend, und zwar:

Bauarbeiter, Beamte, Bekleidungsarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Diamantarbeiter, Fabrikarbeiter, Friseur, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Kautschukarbeiter, Hutarbeiter, keramische Arbeiter, Landarbeiter, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Lederarbeiter, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, öffentliche Dienste und Betriebe, Pfl., Privatangestellte, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Lehrer.

Nachdem der Vorsitzende der Sitzung, Souhau, die Ausschußmitglieder von dem plötzlichen Tode von Karl Dürr, Generalsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und langjähriges Mitglied des Ausschusses, in Kenntnis gesetzt und die Absendung eines Beileidsgramms an die Schweizerische Landeszentrale und die Familienmitglieder des Verstorbenen vorgeschlagen hatte, ging die Sitzung zur Behandlung der umfangreichen Tagesordnung über.

Reorganisationsfragen. Bezüglich der Frage des Sitzes des IOB., des Vorsitzenden und des Generalsekretärs gab Souhau zunächst die Stellungnahme des Vorsitzenden bekannt. Nach kurzer allgemeiner Debatte setzte der Ausschuß eine aus den verschiedenen Ländergruppen zusammengesetzte Kommission von sieben Mitgliedern ein (Grahamm, Hids, Laperle, Huber, Bouffon, Jakobson, Sienhuis), die sofort zusammentrat und in eintägiger Verhandlung die ganze Reorganisationsfrage ausführlich besprach. Nach Schluß der Sitzung teilte Grahamm als Berichterstatter der Kommission mit, daß sich eine Mehrheit der Kommission für Berlin als künftigen Sitz des IOB. ausgesprochen hatte, während sich eine Minderheit für Brüssel ergab. In bezug auf den Generalsekretär schlug die Kommission vor, die Landeszentralen aufzufordern, für diesen innerhalb vier Monaten Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Die Namen dieser Kandidaten sollen hierauf den Landeszentralen zur Kenntnis gebracht werden, worauf nach weiteren zwei Monaten in einer neuen Ausschußsitzung die definitive Wahl erfolgen soll. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Sitz des IOB. in Amsterdam bleiben. Auch die Entscheidung über die Ernennung eines Vorsitzenden soll bis zur nächsten Ausschußsitzung vertagt werden.

Nach einer ausführlichen Debatte, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten und die sachlichen, organisatorischen und geographischen Vorteile von Berlin und Brüssel neuerdings abgewogen wurden, beschloß die Konferenz auf Antrag der deutschen Delegation die Sitzfrage mit den übrigen Punkten auf die nächste Sitzung zu vertagen, und zwar speziell auch deshalb, weil die Vertreter mehrerer Länder kein bestimmtes Mandat hatten und ohne ein solches einem so weittragenden Beschluß nicht zustimmen wollten. Wenn auch zu diesem Punkte kein bestimmter Beschluß gefaßt wurde, so kann doch festgestellt werden, daß die verschiedenen Fragen in einer so sachlichen und die Interessen aller Länder berücksichtigenden Weise geklärt wurden, daß die Ausschußmitglieder nach Rücksprache mit ihren Organisationen in der Lage sein werden, auf der nächsten Sitzung einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Tätigkeitsbericht, Prüfung des Aktionsprogramms für das kommende Jahr. Bei der Erstattung des vom Vorstand genehmigten Tätigkeitsberichts kam Sassenbach zunächst auf die mit dem britischen Generalrat am 8. November 1927 in London geführten Besprechungen über die Vertretung der britischen Landeszentrale im Vorstand des IOB. zu sprechen, wobei er den freundschaftlichen Charakter der Verhandlungen hervorhob und erklärte, daß man eine baldige und für beide Teile befriedigende Lösung dieser Frage mit Sicherheit erwarten dürfe.

Was die vom Pariser Kongreß des IOB. auf Vorschlag der britischen Delegation angenommene Resolution über den Anschluß weiterer Landeszentralen betrifft, so teilte Sassenbach mit, daß sich der IOB. in letzter Zeit mit einer Reihe nicht angeschlossener Länder in Verbindung gesetzt habe, um die einem Anschluß entgegenstehenden Gründe in Erfahrung zu bringen. Die von verschiedenen Landeszentralen bereits erteilten Antworten (Griechenland, Vereinigte Staaten, Irland, Mexiko, Portugal und Indien) geben zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß es durch weiteren Austausch möglich sein wird, zu den gewünschten Resultaten zu kommen.

In Übereinstimmung mit dem von der Konferenz der internationalen Berufssekretariate angenommenen und nachher vom Kongreß bestätigten Beschluß über den Anschluß der Berufsverbände der einzelnen Länder an die entsprechenden Berufsinternationalen hat sich der IOB. mit den Landeszentralen in Verbindung gesetzt und bereits erfreuliche Fortschritte erzielt. Auch in Zukunft wird das Sekretariat dieser grundlegenden Organisationsarbeit besondere Aufmerksamkeit schenken.

Bei seinen weiteren Ausführungen sprach Sassenbach eingehend über die vom Sekretariat unternommenen Schritte zur Durchführung der vom Pariser Kongreß gefaßten Beschlüsse über den Achtstundentag, die Wirtschaftslage der Arbeiter usw. In der Debatte über die Frage der Ratifizierung der Achtstundentagkonvention, auf die bei den diesjährigen Demonstrationen besonderes Gewicht gelegt werden soll, hob Shaw (Textilarbeiterinternationaler) nachdrücklich hervor, daß es speziell das reaktionäre Verhalten der englischen Regierung sei, das den Ratifizierungsprozeß verzögere. Dieses Land, in dem der Achtstundentag allgemein durchgesetzt ist, macht sich mit der dauernden Hinausschiebung der Ratifizierung zum Vorkämpfer der internationalen Reaktion. Nach der Besprechung der technischen und organisatorischen Bedingungen einer Erhebung über die in den einzelnen Ländern effektiv geleistete Arbeitszeit wurde der Tätigkeitsbericht und das Aktionsprogramm für das kommende Jahr

einstimmig genehmigt. Die Entgegennahme der Jahresrechnung und die Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1928 ergaben ein zufriedenstellendes Bild der Finanzlage des IOB. In die Revisionskommission, deren Zusammenlegung vom Pariser Kongreß dem Ausschuß überlassen wurde, wurden die Genossen Grahamm (Deutschland), Sotau (Belgien) und Jakobson (Dänemark) gewählt.

Die Besprechung des Verhältnisses des IOB. zum Internationalen Arbeitsamt und der auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz zur Behandlung gelangenden Fragen lagen umfangreiche Berichte über das Problem der Mindestlöhne und der Unfallversicherung vor, ferner verschiedene Artikel und Äußerungen bekannter Führer über die Stellungnahme des IOB. zur internationalen Arbeitsorganisation. In einer ausführlichen, mit großem Interesse entgegengenommenen Rede gab Mertens eine bis in alle Einzelheiten gehende Darstellung der Organisation und Arbeitsweise des Internationalen Arbeitsamtes sowie der internationalen Arbeitskonferenzen. Im Hinblick auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit den in der Arbeitergruppe der Arbeitskonferenzen stehenden Vertretern von nicht angeschlossenen Organisationen ist es nach seiner Ansicht unmöglich und in hohem Maße unpraktisch und unantastlich, wenn die Delegierten von angeschlossenen Ländern mit gebundener Marschroute in Genf eintreffen. Obwohl es von größtem Nutzen sein kann, wenn sich der IOB. in Vorstand und Ausschuß mehr als bisher mit allen in Genf auftauchenden Fragen beschäftigt und demgemäß allgemeine Richtlinien ausarbeitet, sowie auch durch Erhebungen und Berichte die Landeszentralen von den verschiedenen Auffassungen in Kenntnis setzt, ist es im Interesse der Erreichung guter Resultate und im Hinblick auf die in Genf oft wechselnden Konstellationen wichtig, daß die Arbeitergruppe und ihre Leitung in Genf die nötige Bewegungsfreiheit haben.

Die Ausschußmitglieder schlossen sich dieser Auffassung allgemein an. Die vom IOB. in diesem Sinne bereits unternommenen Schritte wurden allgemein als äußerst zweckmäßig bezeichnet, besonders auch deshalb, weil dabei eine ernsthafte Durchdringung des Stoffes und eine straffere Arbeit in Genf Hand in Hand geht mit der weitestgehenden tatsächlichen Selbständigkeit der Gruppe der dem IOB. angehörenden Mitglieder der Arbeitergruppe.

In diesem Zusammenhang legen sich die Genossen Hueber und Shaw energig für die Einführung der deutschen Sprache als offizielle Verhandlungssprache im Internationalen Arbeitsamt ein, wobei Shaw unter anderem hervorhob, daß es vor allem Aufgabe der nicht deutschen Vertreter sei, auf die Beseitigung des jetzigen unhaltbaren Zustandes hinzuwirken. Bei der Behandlung dieser Frage gelangte nachstehende, von Hids eingereichte Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 18. Januar in Berlin abgehaltene gemeinsame Sitzung des Ausschusses des IOB. und der internationalen Berufssekretariate hält es für wünschenswert, daß die deutsche Sprache bei der Herausgabe aller Publikationen des Internationalen Arbeitsamtes sowie in den Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisation zur offiziellen Sprache erhoben wird.“

Nach einigen geringfügigen reaktionellen Änderungen wurden die vom Pariser Kongreß aufgestellten neuen Satzungen des IOB. endgültig gutgeheißen.

Zum Schluß genehmigte der Ausschuß die Anschlußgesuche des Arbeiterverbandes von Südwestafrika und des estnischen Gewerkschaftsbundes. Wegen der vorgerückten Zeit wurden die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, betreffend die von der Internationale der Privatangestellten beantragte Wahl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle leitenden Körperchaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung, sowie die Verwendung der nach Abschluß einer internationalen Hilfsaktion einkaufenden Beiträge, bis zur nächsten, in sechs Monaten in Amsterdam stattfindenden Ausschußsitzung vertagt.

Ein Veteran der Sozialdemokratie.

Prof. Robert Seidel 60 Jahre Mitglied der Partei.

In diesen Tagen kann der als Vater der Arbeitsschule und Vater des Getreidemonopols rühmlichst bekannte Sozialpädagoge, Sozialpolitiker und sozialistische Dichter Professor Robert Seidel in Zürich, geboren 1850 in Kirchberg in Sachsen, wo er das Tuchmacherhandwerk erlernte, auf eine 60jährige Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei zurückblicken, für die er in seinen Stellungen als Schriftleiter, Volksschullehrer, Mittelschullehrer, Hochschulprofessor, Stadtrat, Kantonsrat und Nationalrat ein hervorragender Führer, umsichtiger Organisator, glänzender Redner war und eine weitausfassende, jezensreiche, aber auch opfer- und martyrervolle Tätigkeit ausübte und — trotz seiner fast 78 Jahre — noch ausübt. Es ist unmöglich, in einem kurzen Zeitungshinweise auf Einzelheiten einzugehen: das 60jährige Schaffen dieses Veterans der Sozialdemokratie ist zu vielgestaltig. Nur eines aus Hunderten sei herausgegriffen: sein Eintreten für den Achtstundentag. 1891 erschien darüber seine Schrift: „Der Achtstundentag vom Standpunkte der Sozialdemokratie, der Hygiene, der Moral und der Demokratie“, die in mehrere Sprachen übersetzt worden ist. Der Antrag an den Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongreß von 1893 in Zürich über die internationale Durchführung des Achtstundentages war Seidels Arbeit. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Seidel war damals Sekretär des Organisationskomitees dieses Kongresses und leistete die große Arbeit ohne jede Entschädigung neben seiner Redaktionsführung des Zentralorgans der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftsbundes der Schweiz. Von seinen mehr als 40 Schriften seien noch erwähnt: Die Arbeitslosigkeit, eine Pest der kapitalistischen Wirtschaft (1895) — Lebensmittel und Sozialreform (1903) — Schüller und die Volksideale (1905) — Die Schule der Zukunft eine Arbeitsschule (1909) — Soziale Frage, Schule und Lehrerschaft, ihr Zusammenhang und ihr Verhältnis (1909) — Demokratie, Wissenschaft und Volksbildung (1914) — Sozialdemokratie und staatsbürgerliche Erziehung oder Staatsbürger, W. I. Bürger und Mensch (1917) — Grundzüge zum Programm der Internationalen Arbeiterkongresskonferenz (1919) — Gesammelte Gedichte. Berlin, J. H. W. Diez Nachf. (1925). Auf letzteres Buch sei noch besonders hingewiesen, denn Robert Seidel gehört zu den besten sozialistischen Dichtern, und manches seiner Gedichte ist vertont worden und erklingt bei festlichen Veranstaltungen. Das

413 Seiten umfassende Werk ist so inhaltreich und vielseitig, daß es jedem etwas zu bieten vermag und der Leser dem Dichter im Geiste die Hand drückt. Für alles, was Robert Seidel, der Freund der Armen, Elenden, Gebundenen als Dichter, Gelehrter und Politiker getan hat, ist ihm im Jahre 1926 eine ehrende Anerkennung geworden: seine dankbare Vaterstadt Kirchberg in Sachsen weihte zum Geburtstag Seidels eine 1925 gestiftete ehernen Tafel an dem Geburtshause des verdienstvollen Mannes, auf der die Worte stehen: „Am 28. November 1850 wurde in diesem Hause geboren Robert Seidel, der Vater der Arbeitsschule, der Dichter und Kämpfer für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.“ Und zu seinem 70. Geburtstag wurde die Schrift veröffentlicht: Robert Seidel, der Volkskämpfer für Recht und Freiheit. Mit einem Verzeichnis seiner sozialpolitischen, sozialpädagogischen und dichterischen Schriften und einem Bildnis.“ Die Schrift enthält ein liebevoll gezeichnetes Bild vom Leben und Schaffen Robert Seidels, aber doch nur unvollkommen, und wir hoffen, daß Professor Seidel die Zeit findet, seine bedeutende Tätigkeit für die breite Masse des Volkes in einem Buche darzustellen, denn nur er kann solches erschöpfend tun. Er hat viel zu erzählen, der viel erlebt, viel gekämpft, viel geliebt hat und auch viel enttäuscht worden ist, der aber trotz aller Enttäuschungen und Bitterkeiten die Hoffnung auf den endgültigen Sieg der Ideale des Sozialismus lebendig erhält und für diese sprechen, schreiben und opfern wird bis an seines reichen Lebens Ende, er, der vor 60 Jahren in Crimmitschau in Sachsen als blutjunger Tuchmachergeselle im Vorstand des damals 700 Mitglieder zählenden Volksvereins und des Arbeiterbildungsvereins war, dem Aufsichtsrat der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeitergesellschaft, des ersten deutschen Textilarbeiterverbandes in Crimmitschau, angehörte, Mitbegründer und Aufsichtsrat des Crimmitschauer Konsumvereins und Mitbegründer der ersten sozialdemokratischen Tageszeitung in Sachsen, des „Bürger- und Bauernfreundes“, war, er, der tapfere Veteran der Sozialdemokratie.

Eingegangene Bücher

- Die „Büchermärkte“ mit Beköge Arbeiterbildung ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummer kostet 75 Pf. Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 (Probennummern werden zur Verfügung gestellt).
- Die Böhme, „Die Wandbewegung“. I. Teil: Die Bindungen, Patronen und Musterungen. Vierte neu bearbeitete Auflage mit 348 Abbildungen und zehn Tafeln. Bibliothek der geol. Technik, Band 202. Zu beziehen durch Dr. Max Jäncke, Verlagsbuchhandlung, Preis 6,50 Mk.
- Dr. Hans A. Martens, „Industrielle Unfallverhütung auf der Grundlage der wissenschaftlichen Betriebsführung.“ 100 Seiten. Oktav mit 15 Abbildungen. Preis geb. 2,50 Mk. (bei Sammelbestellungen Vorzugspreise). Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW. 61.
- Dr. Gregor Binstock, „Einführung in die Weltwirtschaft.“ Umfang 166 Seiten. Kartoniert 2,50 Mk., Ganzleinen 3,60 Mk. E. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.
- Dr. Adolf Lehne, „Textilmehle Entschädigungen.“ Berichte über die neueren deutschen Reichspatente aus dem Gebiete der Färberei, Bleicherei, Appretur, Metzgerei, Mäscherei usw.; der chemischen Gewinnung der Sulfidfarbstoffe, des Kochsalzsaures sowie der Leuchtstoffe. Lieferung I. Preis einzeln 10 Mk., bei Subskription des Gesamtwerkes 7,50 Mk. Zu beziehen durch Verlag A. Jäncke, Wittenberg, Beitzel Halle.
- Christian Schmidt, „Geschichte der Fabrik und der Massenarbeit.“ Herausgegeben vom Verlag Karl Zwarg, Jena; Gewerkschaftsarchiv-Bücherei.
- Richard Seidel, „Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“ mit einem Abschnitt von Bernhard Göring über die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten, Amsterdam 1927, Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Auslieferung in Deutschland. Verlagsgesellschaft des IOB., Berlin S. 14. 157 Seiten stark, Preis 1,50 Mk.
- Adam Stegerwald, „Zur Reform der Beamtenebene.“ Preis 20 Pf. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserstraße 25.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 5. Februar 1928, ist der Beitrag für die 5. Woche fällig

- | Ausschuß. | Kostenliste. |
|---|--|
| Der Vorstand hat in der Sitzung vom 23. Januar 1928 dem Antrag der Ortsgruppe Jitta, das Mitglied | Verstorbene Mitglieder des Verbandes im Jahre 1927. |
| Berta Hofmann, Buch-Nr. 1.125 695, wegen Verstoßes gegen den § 35, Abs. 2, in Verbindung mit dem § 36, Ziff. 8, aus dem Verband auszuscheiden, stattgegeben. | Burkhardt, Clara
Selma Köhler, Anna Dobig
Hermann Lohs, Louis Kreißig
Emil Becker, Emil Hahn, Willy Sternitzky, Willy Thierfelder, Louis Uhlig. |
| Der Vorstand, gez. Karl Schüller. | Friedberg a. Orla, Gustav Seidel. |
| Adressänderungen. | Gera, Paul Groß, Theodor Engelhardt, Gina Häberer, Kurt Rathgeber, Klara Ellmer, geb. Müller, Albin Seifarth, Reinhold Schorz, Ferdinand Schreiber, Franz Schmidt. |
| Gau Hannover, Hameln: V: Karl Reese, Altmarktstr. 22. — Soltau: K: Frido Eggers, Kampstr. 8. Briefe an den Vorsitzenden. — Zettel: K: Hermann Spannaus, Zettel-Kronshausen. | Thalheim, Johanne Christ, Defert, Niedergörsch; Meta Elsa Dietrich, Grünhain; Elsa Klaus, Gornsdorf; Franz Louis Günther, Niedergörsch; Erich Grochopp, Dorfgemüth; Richard Otto Bonig, Meinersdorf; Karl Ernst Beyer, Thalheim; Anna Klara Bieweger, Dorfgemüth; Kurt Schuster, Zömnitz; Martha Borberg, Thalheim; Karl Otto Uhlig, Meinersdorf; Gina Nobel, Dorfgemüth; Karl Louis Scherger, Thalheim; Albert Schnobel, Thalheim; Emil Oskar Borberg, Thalheim; Winna Leubner, Thalheim. |
| Gau Kassel, Göttingen: V: Richard Masche, Weende bei Göttingen, Sandstr. 250. — Mühlhausen: V: Paul Oberländer, Haarmandstr. 43. | Wittenadorf, Walter Neumann, Karl Schüller, Fritz Rupp, Elsa Muldner. |
| Gau Barmen, Rheine: V: Bernhard Reers, Karlstr. 9. | Wunsiedel, Friedrich Rögner, Eisenfels; Michael Schmidt, Wunsiedel; Sophie Friedrich, Wunsiedel; Sophie Schmidt, Wunsiedel; Reinhold Braun, Eisenfels; Johann Biell, Brettenbrunn-Wunsiedel. |
| Gau Augsburg, Füssen: V: Eduard Holz, Marienstr. 6. — Weiler: V: Hermann Schuster, Weller im Müggau Nr. 138. | |
| Gau Gera, Zeulenroda: V: Walter Schleif, Obere Spruchgasse 14. | |
| Gau Dresden, Frankenberg: V: Karl Rudnick, Ziegelstraße 2 part. | |
| Gau Clegitz, Gebhardsdorf: V: Oswald Machold, Gebhardsdorf 76. — Striegau: V: Agnes Glaubig, Gräbenstr. 24. | |

Perla: Karl Schuler in Berlin, Meiner Str. 8 A. — Brammerischer Redaktionsbureau Berlin in Berlin. — Druck: Friedrichs Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin, G. m. b. H.

Nur Einigkeit gibt Kraft!

Das Bad der 15 000.

Die Kammgarnspinnerei eine sozialistische Keimzelle. Soll und Zeit", die illustrierte sozialistische Wochenschrift, hat vor kurzem eine Beschreibung des Volksbades in Bös-lau bei Wien. Der dortige Gemeinderat, dem 24 Sozialdemo-nen und 2 Bürgerliche angehören, ließ drei vorhandene Bäder zu einem einzigen vereinigen, so daß jetzt 15 000 Men-schen ohne Schwierigkeit und Zeitverlust auf einmal baden können. Das Badewasser liefern Mineralquellen, die in einer Tiefe von 24 Grad Reaumur ständig sprudeln. Das Innere des Bades ist mit allen technischen Verbesserungen versehen. Aus- und Anziehgelegenheit soll geradezu vorbildlich sein: geräumigen Kabinen werden durch Roll-türen erreicht. Die ausgezogenen Kleider werden auf Bügel in einen verschließbaren Sack in den Bädern gegen Marke aufbewahrt und abgeholt. Ohne jede Befürchtung können also die Arbeiter trotz Massenbetrieb dem Wasser, der frischen Luft, also ihrer Gesundheit und dem Wohlstand leben. Wer Einsamkeit liebt, findet diese im fast quadratkilometer großen Bergwald, ebenfalls zum Volksbad gehört. Zwei Mil-lionen Goldmark kostete die Herstellung des Bades der Gemeinde. Diese geht übrigens schon wieder daran, durch ein neues Wasser-werk für Bös-lau und 23 andere Orte einwand-freies Trinkwasser zu beschaffen. Wie kommt es, daß der Gemeinderat des kleinen Ortes Bös-lau so umfangreiche Gesundheitsmaßnahmen anstellen seiner Gemeindeglieder treffen kann? Kommt einfach daher, daß er seit beinahe zehn Jahren ununterbrochen eine sozialistische Mehr-heit besitzt, die wiederum das Vertrauen der Mehrheit der Gemeindeglieder hat. An diesem guten Verhältnis hat die Kammgarnspinnerei Bös-lau, eine alte sozialistische Keimzelle (so wurde sie genannt), nicht unerheblichen Anteil. Sie heißt, das gute gewerkschaftliche und politische Kampfsystem der Kammgarnspinnerei veranlaßt mit die Erfolge der Bös-lauer Arbeiter bei politischen Wahlen, worauf sich der langjährige bedeutende Einfluß im Ge-meinderat stützt. Ob wohl in Deutschland die Be-gründung einer Kammgarnspinnerei mit Gleichem nicht solcher Taten und Erfolge rühmen kann, weit Umschau gehalten, sind es nur wenige, die den Kollegen in Bös-lau sagen können: Wir haben getan, was wir konnten, und nun ernten wir die Früchte unserer Energie und streuen Arbeit. Aber was in Bös-lau möglich ist, kann sehr gut in den Textilorten ebenfalls wahrgemacht werden. Textilarbeiterschaft könnte sich in den politischen Körper-schaften damit auf ihre Aufgaben viel größere Rechte sichern, wenn sie mit mehr Ausdauer und Zielstrebigkeit Forderungen und Wünsche verfolgte. Allerdings, die Bestrebungen, die sich in deutschen Kammgarnspinnereien breit machen, müßten in erster Linie nicht so widerspruchlos ertragen werden. Um ein-zelne Turntrikots und einiger rhythmischen Übungen wegen werden die Kolleginnen, die in diesen Betrieben oft den Aus-gang geben, ihre berufliche und gesellschaftliche Selbständig-keit verkaufen. Die Bös-lauer Kollegen haben gezeigt, bei richtiger Vertretung der wirtschaftlichen und poli-tischen Interessen Sport und Spiel, Lust und Frohsinn eben-falls zu ihrem Recht kommen.

Frauenabend in Greiz.

Als recht erfolgversprechend kann die erste Veranstaltung der Kulturkommission im neuen Jahr gewertet werden. Mehr als 100 Kolleginnen hatten sich am Montag, dem 16. Januar, „Goldenen Anker“ eingefunden. Eine freudige Stimmung und eine glückliche Hand bei der Programmabstimmung gaben dem Abend einen vollen Erfolg. Wie immer, hatte diesmal die Arbeiterjugend gern zugesagt, mitzuwirken durch Gesang, Lieder zur Laute, Klavierstücke und Mitteilungen ihr Können gezeigt. Zu dem herzlichen Beifall Anwesenden wollen wir an dieser Stelle auch unseren Dank hinzufügen. Der erste Teil des Programms schloß ab mit einigen kurzen Führungen des Kollegen Hertel, indem er die wichtigsten Gänge der letzten Zeit behandelte. In anschaulicher Weise erläuterte er die ab 1. Januar 1928 gültigen Ab-ordnungen, die wesentlichen Verbesserungen gegenüber den früheren bringen und vor allen Dingen die Bezahlung aller Ruhe-Wartezeiten regelt. Dann gab er noch eine kurze Ueber-sicht über die Arbeitslosenversicherung und Lohnsteuer, die ernsthafter Betrachtung Schädigungen für die Kolleginnen schließt. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

**Der Mensch bedarf des Menschen sehr
Zu seinem großen Ziele,
Nur in dem Ganzen wirkt er.
Viel Tropfen geben erst das Meer,
Viel Wasser treibt die Mühle.**

Geistlich Schiller.

Der zweite Teil des Abends war heiter und lustig. Volks-lieder, heitere Vorträge und neckische Lieder zur Laute wechselten miteinander ab. Mit einem gemeinsamen Lied und einem Appell der Leiterin des Abends, auch den nächsten Frauenabenden dasselbe Interesse entgegenzubringen und weiter für den Deutschen Textilarbeiterverband zu wirken, fand die wohlgelungene Veranstaltung ihr Ende.

Die erste Hilfe im Betriebe.

Aus dem Briefe einer Betriebskassistin.
„Nun will ich Ihnen aus meiner praktischen Tätigkeit in der Betriebswohlfahrt noch etwas schildern. Gerade auf

Der Herr Vertrauensarzt der Betriebskrankenkasse — die kranke Spinnerin und der Herr Betriebsleiter



„Aussehen!“



„Sie guckende Person, waschen Sie sich, sonst ist es kein Rand!“



„Patient ist gut genährt. Braucht eine Abreibung. Entlassen Sie denselben. Will bloß, Kaffe machen. Sie haben noch mehr von dieser Sorte im Betrieb! Schicken Sie diese zu mir, ich werde sie schon „gesund“ machen.“



„Wenn, Herr Doktor, wir werden Ihnen noch mehr von dieser Sorte schicken. Sie sind der richtige Mann für uns!“

diesem Gebiete tätig zu sein, kostet Zeit, Kraft und Besonnen-heit. Anfangs wurde es mir seitens der Betriebsleitung nicht leicht gemacht, den Ausbau hygienischer Einrichtungen vorzunehmen und sie hatte nur ein Nadeln für meine Wünsche. Denn ich verlangte mehr als das notwendige Verbandsmaterial; ich wollte eine Einrichtung schaffen mit den modernsten hygienischen Sachen, um erste Hilfe-leistung und Krankenpflege im Betriebe ausüben zu können. Diesen Ausbau verlangte in unserem Betrieb die vorhandene Anzahl weiblicher Beschäftigter. Sie kamen immer mit besonderen Wünschen bei Schwangerschafts-behörden und ähnlichem.

Außer dem Wertzeug braucht aber die „erste Hilfe“ auch den richtigen „ersten Helfer“. Dieser muß nicht nur wissen, inwieweit er Wunden zu behandeln hat und wie er sie zu behandeln hat, ihm muß nicht nur höchste Pflicht sein, Gerätschaften und Verbandsräume sehr sauber zu halten, er muß auch die Fähigkeit besitzen, vorbeugend auf dem Gebiete der Gesundheitspflege zu wirken. Er hat also Umschau zu halten und unter Umständen Aufklärung zu geben, wenn in den Arbeitsräumen ungenügend gelüftet wird, oder wenn die Aborte, Waschgelegenheiten, Kleiderablagen unsauber ge-halten oder von schlechter Beschaffenheit sind. Sogar die Mitarbeit im Ausschuss der Betriebskrankenkasse halte ich für wertvoll und zähle sie mit zu der wichtigsten Arbeit eines Helfers, weil sich ihm hier die Möglichkeit bietet, von ihm beobachtete Vorgänge an der Stelle vorzutragen, die eine notwendige Aenderung am besten vorzunehmen vermag.

Wenn der „erste Helfer“ eine Frau ist, so ist es selbstver-ständlich, daß sie sich möglichst der Betreuung ihrer weiblichen Mitarbeiter widmet. In größeren Textilbetrieben gibt es in der Regel auch so viel zu tun, daß sich gut ein weiblicher und männlicher Kollege die Arbeit teilen können, wobei sie sich natürlich im Notfalle zu vertreten und bei schwierigen Fällen zu unterstützen haben.

Ueber meine Hilfsleistungen führe ich Buch. Dabei werden alle Angaben festgehalten, die erforderlich sind, um den Umfang der Leistung und die Art der Verletzung erkennen zu können. Vom 1. Mai bis 22. November sind 309 Hilfe-leistungen von mir erfolgt. Wiederholte Hilfsleistungen in ein und demselben Fall sind dabei nicht mitgezählt; dann wäre die Zahl etwas größer. Im einzelnen betraf es Peri-odenbeschwerden in 41 Fällen, Blutkrämpfe ein Fall, Schwangerschaftsbeschwerden fünf Fälle. Die übrigen Fälle verteilen sich auf Magenbeschwerden, Wunden jeder Art, Verstauchungen und Prellungen einzelner Gliedmaßen, Ent-zündung von Wunden, Fremdkörpern in einzelnen Or-ganen und Verbrennungen.

Diese Aufstellung zeigt, daß ich als Be-triebsshelfer nicht nur viel Arbeit habe, son-dern auch mit reichlicher Verantwortung be-dacht bin. Aber was ich bis jetzt getan habe, tat ich gern, weil es mir und meinen Kollegin-nen und der Arbeiterbewegung dienlich war.

Hohe Fäune, niedrige Löhne.

Verprechungen, die nicht gehalten werden.

Der Norddeutsche Wollkonzern nimmt in der deutschen Textilwirtschaft seiner wirtschaftlichen Stärke wegen eine be-sondere Stellung ein. Wer auch sonst zeichnen sich seine Be-triebe vor anderen aus. Insbesondere durch die Art, wie dort die Arbeiter behandelt werden. Im „Textilarbeiter“ sind Einzelheiten schon mehrfach besprochen worden. Bei allem der famose Leistungslohn, dann die mit Bewilligung der Be-hörden seit Ende 1924 durchgeführte längere Nacharbeit für Arbeiterinnen.

Heute kann etwas über die Einstellung von Ar-beitskräften berichtet werden. Die Kammgarn-spinnerei Delmenhorst N.O., der Stammsitz des Unternehmens, importierte Ende des vergangenen Jahres weibliche Arbeitskräfte aus Oberschlesien. Herr Masanel, der Leiter des Wohnbureaus, be-mühte sich höchstpersönlich an Ort und Stelle um sie.

Damit die angeworbenen Arbeiterinnen auch der Obhut der Betriebsleitung anvertraut bleiben, sind sie in schon geräumt gewesenen Wohnungen innerhalb des Fabrikgeländes untergebracht wor-den. Dieser Schutz genügte aber immer noch nicht. Um diese Wohnstätte wurde noch ein hoher Zaun geführt, dessen Eingänge durch Werk-polizei bewacht sein sollen.

Die Mädchen sind also von jedem, der Fabrik-leitung unerwünschten Verkehr abgeschlossen. Ein hungriger Magen wird aber selbst durch noch so hohe Fäune nicht beruhigt. Ein Teil der Arbeiterinnen mußte einsehen, daß sie mehr versprochen erhielten, als die Werkleitung in ihren Arbeits-beingungen hielt. In Aussicht gestellt waren 65 Pf. Lohn pro Arbeitsstunde. Ausgezahlt wurde das nur in den ersten Wochen. Später verdienten einige Arbeiterinnen nur den durch Werk-tarif festgelegten Stundenlohn von 35,5 Pf. Da für die erste Woche der Lohn einbehalten wird, mußten die Arbeiterinnen Vorkauf nehmen. Er ist dann bei der nächsten Lohnzahlung abgezogen worden. Auch die Kosten für Wohnung und Verpflegung werden sofort in Abzug gebracht. Dadurch kamen einige Arbeiterinnen in eine sehr mißliche wirt-schaftliche Lage. Manche reisten deshalb wieder in ihre Heimat ab. Andere versuchten mit allen Mitteln wegzukommen, obwohl sie sich für ein halbes Jahr Arbeit vertraglich verpflichtet mußten.

In Langensalza, einem anderen Betriebe des NWR., liegen die Dinge ebenso. Hier sind aber mehr männliche Arbeiter aus Schle-sien angeworben worden. Sie scheinen noch früher als die weiblichen Landsleute hinter die Ausbeuterei des Norddeutschen Wollkonzerns gekommen zu sein. Schon am ersten Lohnzahlungstage setzten sie sich gegen unbillige Zumutungen zur Wehr; namentlich dagegen, daß ihnen bei Akkordarbeit nach allen Abzügen, einschließlich der für Werk-wohnung (Massenquartier) und Verpflegung, fast nichts mehr für den sonstigen Verbrauch übrigbleiben sollte. Mit 2,80 bis zu 6 Mk. pro Woche Nettolohn wollen sie nicht abgefeuert sein. Empörung packte sie: mitten in der Nacht gaben sie diesen Ausdruck. Jedoch die nächtliche Rebellion im Fabrik-schlaafsaal, das Zerbrechen von Einrichtungsgegenständen, ist ihnen nicht gut bekommen. Noch in der Nacht holte die Werkleitung polizeiliche Hilfe, nahm sie dann am Tage darauf nochmals in Anspruch, um einen Teil der rebellieren-den Arbeiter per Schub nach Hause befördern zu lassen. Der Norddeutsche Wollkonzern will eben keine Arbeiter, die ihr Recht fordern, sondern nur billige, willfährige Arbeitskräfte.

Vom Deutschen Textilarbeiterverband sind die zuständigen Behörden auf die Vorgänge in den NWR.-Betrieben auf-merksam gemacht worden. Was diese dagegen unternehmen, ist vorläufig unbekannt. Auf alle Fälle wäre den betroffenen Arbeitern und Arbeiterinnen vieles Bessere und mancher wirtschaftliche Schaden erspart geblieben, wenn sie vor Ar-beitsaufnahme den Rat und durch Mitglied-schaft die Hilfe des Verbandes in Anspruch genommen hätten. Der Deutsche Textil-arbeiterverband warnte frühzeitig und ein-dringlich genug: „Bleibt zu Hause, laßt euch nicht betören, ihr sollt nicht etwa befriedi-gendes Auskommen finden, sondern Helfer im Kampfe gegen aufrechte, ehrliche Arbeiter sein.“

Rat und Warnungen blieben ungehört, deshalb bewahr-heitet sich wieder das Sprichwort: „Wer nicht hören will, muß fühlen.“

Pflicht eines jeden!

Es ist Pflicht eines jeden Menschen, von dem Augenblick an, wo er die Fähigkeit eines selbständigen Urteils erlangt, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu bekümmern, weil die ganze soziale Existenz, die ganze soziale Entwicklung des einzelnen in höherem Grade von den Einrichtungen und Zuständen ab-hängt, die der Gesamtheit der Gesellschaft eigen sind, als von eigenem Wissen, eigener Tüchtigkeit, eigenem Können.

Karl Marx

Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!

Oder „Die politische Betätigung der Gewerkschaftsangehörigen“.

Die Politik ist eine gefährliche Beschäftigung. Sie reiht den Menschen die Scheuklappen von den Augen und Ohren. Sie liegt nicht im Sinne gewisser Kräfte, deren Weizen nur bei politischer Blindheit blühen und aufgehen kann. Wollen die christlichen Gewerkschaften zu diesen politischen Blindenvereinen gezählt werden? Der Herr Generalsekretär Bernhard Otte fingiert wie ein politischer Kaffeehändler über die politische Betätigung der Gewerkschaftsangehörigen. Man muß sagen, eine Kunstleistung des Bann und Aber, des Hin- und Herbendelns und Nichts-fest-auf-den-Beinen-Stehens. Vorsicht! Vorsicht! Geht nicht zu dicht heran, sie kann beißen. Sie verdirbt euch, am besten Hände weg von der Politik. Nicht über den christlichen Jaun gucken, denn jenseits des Jaunes lauert das Verderben. Am Ende — ja am Ende könnten die christlichen Gewerkschaftler noch eine politische Ueberzeugung, einen politischen Glauben bekommen. Wozu denn das. Herr Otte schreibt darüber in der christlichen Zeitschrift „Deutsche Arbeit“, und einiges, was er sagt, ist wert, als christliche Denkungsart festgehalten zu werden.

„Wirkliche christliche Gewerkschaftler machen aus der Frage der Staatsform und auch aus der Frage keine Streitfragen. . . Allerdings können wir die Frage der Staatsform nicht ganz von unserer Stellungnahme zum Staate selbst trennen.“

Otte führt dann die auf dem Dortmunder Gewerkschaftstongreß angenommenen Leitsätze über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staate an und sagt dazu mit echt christlicher Selbstverständlichkeit:

„Auf der anderen Seite haben wir mit den angenommenen Leitsätzen nach Lage der Dinge — wenn man will — ein Bekenntnis zur Republik abgelegt, und zwar deshalb, weil die Republik die bestehende Staatsform ist. Auf der anderen Seite haben wir aber nur eine Aenderung der heutigen Staatsform auf gewaltsamem bzw. auf illegalem Wege abgelehnt.“

Ihr könnt also als christliche Arbeiter machen was ihr wollt. Eine politische Anschauung braucht ihr nicht zu haben, denn an einer anderen Stelle seines Aufsatzes sagt Otte, daß die Stellungnahme der im politischen Leben stehenden Menschen sich in der Regel doch nicht nach einem großen Staatsgedanken richtet. Und nun vergleiche man diese reine Nützlichkeitseinstellung des christlichen Führers mit den Ausführungen, die sonst über diese Frage auf den christlichen Tagungen in wohlwollenden und wohlgeformten Worten gehalten werden und der ganze Zwiespalt, an dem die christliche Bewegung seit 1918 krankt, liegt klar zutage.

Herr Otte sagt an einer Stelle auch, warum er diesen Aufsatz hat schreiben müssen. Er gibt es nicht offen zu, aber was bedeutet der Satz anderes:

„Was wir in den letzten Jahren an politischem Streit in der Bewegung erlebt haben, ist wirklich nicht gering, und es ist im Grunde ein Zeichen innerer Kraft unserer Bewegung, daß sie alle diese Erschütterungen so gut überstanden hat.“

Wir wollen Herrn Otte berichtigen. Die Bewegung ist also aus dem Grunde vor Erschütterungen bewahrt worden, weil sie niemals ein klares Bekenntnis abgelegt hat. Daher die Unruhe in der christlichen Arbeitererschaft, die nicht hinweggeleitet werden kann und die beständig wird in einem Aufsatz des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“, der sich ebenfalls mit der Stellung zum Volksstaat befaßt. Es ist notwendig, daß die christlichen Arbeiter aufgeklärt werden. Daß eine soziale Befreiung solange nicht möglich ist als ihre Führer selbst zwischen den Richtungen hin- und herpendeln und nicht wissen, auf welche Seite sie sich stellen sollen. Luis.

Berichte aus Fachreisen.

Friedberg a. Oels. Am 8. Januar hielt die hiesige Filiale ihre diesjährige Generalversammlung im Gasthaus „Zum Füllertal“ ab. Der Kollege Thiem begrüßte als Versammlungsleiter die erschienenen Kolleginnen und Kollegen mit einem Glückwunsch zum neuen Jahr und ermahnte sie, auch in diesem Jahre zur Stärkung und Förderung des Deutschen Textilarbeiterverbandes mit beizutragen zu helfen. Im weiteren Gedächte er in ehrenvollen Worten des verstorbenen Kollegen Gustav Seidel. Die Anwesenden christen dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Die Vorstandswahl ging glanzvoll ab. Der alte Vorstand wurde durch Juraj wiederwählt, bis auf den stellvertretenden Schriftführer, der sein Amt niederlegte. An dessen Stelle wurde die Kollegin Emma Ulrich gewählt. Der Kassenbericht konnte leider nicht gegeben werden, weil der Kassierer nicht anwesend sein konnte. Um die Geklagtesten zu beheren wurde beschließen, am Sonnabend dem 4. Februar, einen Maskenball abzuhalten. Nach einer allgemeinen Aussprache schloß der Vorstand um 6 Uhr die schön verlaufene Versammlung.

Sösa. In Art. 1 der (christlichen) „Textilarbeiter-Zeitung“ ist auf Seite 4 ein Artikel „Sonderbare Taten des reorganisierten Textilarbeiterverbandes in Sösa“ veröffentlicht, der der Wahrheit jämliche Gewalt antut. Es hat überhaupt den Anschein, als ob der christliche Verbandsssekretär Böhmner, Sösa, in dieser Angelegenheit manches zu verbergen hat, denn sonst würde er nicht in Form von „Sonderbare Taten“ die reorganisierten Textilarbeiter machen, sondern eher „christlichen“ Betriebsrat der Rheinischen Kohlenschein in Bergisch-Gladbach in dieser Weise, die kein Ruhmesblatt für die christliche Bewegung ist, blütenweiß zu machen. Da der Betriebsrat wurde ein junger Schloßer als Kohlenarbeiter eingestellt, der täglich für zwei Schichten für den Heizer die Kohlen beschaffen mußte, neben dieser Arbeit hatte er aber noch eine Reihe anderer Arbeiten zu verrichten. Daß diese für ihn ungemessene Arbeit in den ersten Tagen nicht so klappte, sollten eigentlich gerade die „christlichen“ Betriebsratsmitglieder wissen, die Beschwerde der Heizer erfolgte über mangelhafte Arbeit des Jungen, aber unmittelbar nach der Beschwerde die Be-

Erhalten „Invaliden“ Arbeitslosenunterstützung?

Nach § 87 des „Gesetzes über Arbeitszeitvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ erhalten nur die arbeitswilligen und unfreiwillig Arbeitslosen Unterstützung, die arbeitsfähig sind. Arbeitslose, die also nicht arbeitsfähig sind, erhalten nach den gesetzlichen Bestimmungen keine Unterstützung. Was nach dem Sinne des Gesetzes unter arbeitsfähig zu verstehen ist, wird im § 88 deselben Gesetzes ausgeführt. Es heißt da: „Arbeitsfähig im Sinne des § 87 ist, wer in der Lage ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, wenigstens ein Drittel dessen zu erwerben, was geistig und körperlich gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“ Dieser Begriff deckt sich vollkommen mit den Ausführungen über die Invalidentät in der Invalidentversicherung. Obgleich die Klarlegung in der Arbeitslosenversicherung so langatmig ist, oder gerade weil sie es ist, gibt sie in der Praxis zu mancherlei Zweifeln Anlaß. Es ist deshalb notwendig, über diese Frage einmal einige Worte zu verlieren, um eventuell die Arbeitslosen vor Schäden zu bewahren.

Die Arbeitsämter können Feststellungen treffen (durch ärztliche Untersuchungen usw.), ob ein Antragsteller auf Arbeitslosenunterstützung arbeitsfähig ist. Sie können sich jedoch auch danach richten, welche Feststellungen die Träger der Invalidentversicherung im Einzelfalle bei Rentenverfahren usw. gemacht haben. Der Bezug von Invalidentrente ist aber auf keinen Fall das ausschlaggebende Merkmal für die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit. Es geht dies schon deshalb nicht an, da nicht alle Arbeitsunfähigen Invalidentrente erhalten, und auf der anderen Seite nicht alle Invalidentrentenempfänger unbedingt arbeitsunfähig sein müssen und es auch nicht sind. Ein halbamtlicher Kommentar zum Arbeitslosenversicherungsgesetz schreibt erläuternd zu dieser Frage:

„Wird jemandem, der Arbeitslosenunterstützung bezieht, Invalidentrente zuerkannt, so spricht eine Vermutung dafür, daß er nun nicht mehr arbeitsfähig im Sinne der Arbeitslosenversicherung ist. Er muß daher von dem Rentenbeihilde unverzüglich dem Arbeitsamt Mitteilung machen; ebenso wenn ihm Rente aus der Unfallversicherung wegen einer 66% Proz. übersteigenden Einbuße seiner Erwerbsfähigkeit, Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung oder Invalidentpension aus der Reichsknappschaftsversicherung zugebilligt wird.“

In diesen Ausführungen wird jedoch nur gesagt, daß eine „Vermutung“ dafür spricht, daß der Antragsteller nicht arbeitsfähig ist. Keinesfalls kann aus dem Bezug einer dieser Renten allein vom Arbeitsamt auf Vorliegen von Arbeitsunfähigkeit geschlossen werden. Es ist in dieser Frage kürzlich

eine für alle Arbeitnehmer äußerst wichtige Entscheidung gefällt worden, die hier auszugsweise wiedergegeben sei.

Ein Kriegsbeschädigter, der 75 Proz. Kriegsbeschädigtenrente bezog, war bei einer Firma tätig. Er wurde entlassen, da die Firma einging. Sein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wurde vom Arbeitsamt abgelehnt mit der Begründung, daß der Antragsteller nicht arbeitsfähig sei. Die übrigen Voraussetzungen zum Unterstüßungsbezug (Wartezeit usw.) waren alle erfüllt. Die Spruchkammer des Landesversicherungsamtes, bei der der Abgewiesene Beschwerde einlegte, billigte ihm jedoch Arbeitslosenunterstützung zu. In der Begründung hierzu wurde ausgeführt, daß der Kriegsbeschädigte trotz der Einbuße eines Teiles seiner Arbeitsfähigkeit längere Zeit hindurch wirtschaftlich mindestens zwei Drittel der Normalarbeitsleistung verrichtet hat. Die Frage, ob er arbeitsfähig auf Arbeitslosenunterstützung haben, muß von Fall zu Fall an Hand der wirklich geleisteten Arbeit geprüft werden.

Anders liegen die Dinge, wenn der Arbeitslose Leistungen aus der Krankenversicherung bezieht. Im § 89 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes heißt es: „Wer Krankengeld, Wochengeld oder eine Ersatzeistung empfängt, die an Stelle dieser Bezüge tritt (es kann dies Krankenhausbehandlung an Kosten der Krankenkasse sein), erhält daneben keine Arbeitslosenunterstützung.“ Die Bestimmung ist aus dem Grunde geschaffen, da man annimmt, daß bei Bezug von Krankengeld Arbeitsfähigkeit auf keinen Fall vorliegt. Diese Bestimmung bedeutet gegenüber früher eine Verschlechterung für die Arbeitslosen. Nach den Bestimmungen der alten Erwerbslosenfürsorge durfte neben Krankengeld, Wochengeld usw. auch eine Hauptunterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden, wohl aber waren die Familienzuschläge fortzuführen. Dies ist jetzt nach dem neuen Gesetz jedoch ausgeschlossen. Erhält ein Empfänger von Arbeitslosenunterstützung Krankengeld, Wochengeld usw., so muß er dies dem Arbeitsamt sofort ohne Aufforderung anzeigen, da er sonst strafbar macht. Die meisten Krankenkassen gewähren die ersten drei Tage bei Arbeitsunfähigkeit kein Krankengeld. Der Arbeitslose hat in diesen Fällen für diese sogenannte „Wartezeit“ Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung (§ 88 Abs. 2 des Gesetzes). In diesem Falle (es ist dies jedoch der einzige Fall, in dem Arbeitslosenunterstützung gewährt werden und muß dies sogar, obgleich der Empfänger nicht arbeitsfähig ist.

Wie aus diesen gebräugten Ausführungen ersichtlich ist, sind die Bestimmungen nicht sehr einfach. Es ist deshalb jedem Arbeitslosen in Zweifelsfällen zu raten, sich bei den überall befindlichen Arbeiter- oder Gewerkschaftssekretären Rat und Auskunft zu holen.

stätigung, daß sich seine Leistungen gebessert und sie voll mit ihm zufrieden sind. Aber die Kündigung wurde am 17. zum 31. Oktober 1927 ausgesprochen. Der Entlassene erhob fristgerecht am 18. Oktober 1927 beim Arbeiterratsvorsitzenden Einspruch gegen die Kündigung. Derselbe erkundigte sich auch an vier späteren Terminen, ob sie gegen die Kündigung votieren hätten, zuletzt noch am 28. Oktober 1927. Jedemal bekam unser Kollege die Mitteilung, er (der Obmann) habe noch keine Zeit gehabt mit dem Direktor zu sprechen. Während ein anderes Betriebsratsmitglied ihm — dem Kläger sagte, vielleicht würde die Kündigung zurückgenommen, nachdem einer der Heizer mit dem Meister gesprochen habe, er müsse aber auch jetzt in den christlichen Verband gehen. Dasselbe Betriebsratsmitglied gab nach den Rat, aus dem Deutschen Textilarbeiterverband auszutreten.

Der Vertreter des Klägers, Kollege Schmidt, stellte nun in der gegen den Betriebsrat erhobenen Schadenersatzklage folgende Anträge: 1. der gesamte Betriebsrat ist zu laden und zu verurteilen, 2. es soll Beweis erhoben werden, ob und wann eine Arbeiterrats-sitzung stattgefunden hat, die sich mit dem Einspruch befaßt hat. In dem Güterverfahren vor dem Kölner Arbeitsgericht ist nun folgendes festgestellt worden: Nachdem im Güterverfahren der christliche Vertreter behauptete, daß eine ordnungsmäßige Arbeiterrats-sitzung schon am 19. Oktober stattgefunden habe, machte er eingangs der Haupt-sitzung die Einschränkung, daß es nur eine „Beisprechung“ mit einigen Arbeiterratsmitgliedern gewesen sei. Der Arbeiterrat habe in dieser Sitzung den Einspruch als unbegründet abgelehnt. Dies hat aber den Arbeiterrat nicht gehindert, trotzdem sich für die Zurücknahme der Kündigung einzusetzen. Trotzdem der Vorsitzende am 28. Oktober 1927 unserem Mitglied sagte, er habe noch nicht über die Kündigung verhandelt. Warum wurde unserem Mitglied nicht bei seiner vierteljährlichen Anfrage gesagt, daß eine Arbeiterrats-sitzung stattgefunden habe, die seinen Einspruch abgelehnt habe? Im Hauptverfahren standen die fünf christlichen Arbeiterratsmitglieder als Zeugen vor dem Gericht, und waren bereit, das Statutenbuch der ordnungsmäßigen Arbeiterrats-sitzung zu bezeugen. Auch legten sie ein Protokollbuch vor, das zufällig ganz neu war und neben einer kurzen Notiz, als einziges Protokoll, die angelegte Niederschrift über die fragliche Sitzung enthielt. — Als von unserem Vertreter der Nachweis über die Beschaffung des Protokollbuchs verlangt wurde, erklärte prompt ein Mitglied des Arbeiterrats, „darüber haben wir kein Beleg, das Buch haben wir von der Firma ohne Beleg bekommen.“ Wir verlangen weiter die Ladung des Direktors des Wertes. Wir haben den bestimmten Verdacht ausgesprochen, daß sich der Arbeiterrat mit dem Einspruch, weil es sich um ein Mitglied von unserer Organisation handelte, überhaupt nicht beschäftigt hat. Am Morgen des Vortages vor dem ersten Termin, hing am Spind unseres Vertrauensmannes folgender Brief:

B. Gladbach, den 23. November 1927.
Lieber Kollege Althoff!
Am morgigen Tage geht es zum Arbeitsgericht. Hoffentlich wird Schmidt eine ernstliche Panne mit nach Hause nehmen. Wenn nicht, so daß wir als Verurteilte den Saal verlassen, so bist Du bei uns der Verurteilte, dann präge Dir in Deinen Schädel: Du wirst von uns verfolgt werden wie ein Hund den Hasen.
Hochachtungsvoll der Schreiber.

Das ist ein echt christlicher frommer Wunsch, es ist gut, daß unsere Mitglieder über die notwendigen Schritte verfügen, die sich der Verfolger erwehren können.
Der Vorsitzende des Gerichts suchte nun im weiteren Verlauf

der Hauptverhandlung nicht mehr nach dem kühnen Versuch des Arbeiterrats, sondern suchte die Ursache der Kündigung zu ermitteln. Ein Meister bezeugte, daß der Kläger sich großer Beleidigungen gegenüber seinen Vorgesetzten und indirekt gegenüber dem Direktor des Wertes habe zuschulden kommen lassen. Obwohl diese während der Kündigungsfrist erst gefallen waren, also nicht die Ursache der Kündigung waren, fand der Vorsitzende hier den Rettungsanker für den Arbeiterrat und erklärte, nachdem der Kläger diese Beleidigungen zugab, daß dann der Arbeiterrat sich nicht mit dem Einspruch habe beschäftigen brauchen.“ Somit war es selbstverständlich, daß die Klage zurückgezogen wurde. Für den Arbeiterrat ist dies sicherlich kein Ruhmesblatt.

Krefeld. Netze Zustände in einer Krefelder Fabrik Arbeiterinnen werden vom Betriebsleiter als Gefasch tituliert. Die rheinische Sach- und Autorenfabrik Behn u. Schwingel war für uns schon immer das Schmerzenskind. Der den Betrieb betritt, dem bietet sich folgendes Bild:
Etwa 40 Frauen und Mädchen, voll Staub und Dreck, sind dort emsig bemüht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Unwohlgehalt steht auf den ersten Blick, daß das Los dieser armen Geschöpfe nicht leicht ist. Immerhin, der Proletarier findet sich damit ab. Man sollte nun aber glauben, daß Dinge, wie sie dort vorzunehmen, eigentlich in das vorige Jahrtausend gehören. Die Frauen und Mädchen genannter Firma sind am Montag, dem 9. Januar, in den Ausstand getreten. Hören wir, warum. Eine Frau ist dort als Aufseherin über die übrigen Arbeiterinnen gestellt worden. Die Frauen und Mädchen erklären uns, daß es ausgeschlossen sei, die Frau als autorisierte Person auf Grund ihres Benehmens zu betrachten. Es wird uns gesagt, daß die Betreffende in einem anderen Betrieb wegen ihres „guten Verhaltens“ ihren Kolleginnen gegenüber entlassen wurde. Ueber ihr Benehmen gegenüber den Kolleginnen bei Behn u. Schwingel wird von den Arbeiterinnen heftige Klage geführt. Nun will es der Zufall, daß die Genannte die Vertraute des jungen Betriebsleiters wird. Gestützt auf die Macht des Betriebsleiters spielt dieselbe im Betrieb eine Rolle, wonach die Leute den schwersten Schikanen ausgesetzt sind. Das führte zur Arbeitseinstellung am Montag vormittag. Der Grund hierzu: Die Mädchen hatten einen dem Betrieb zugehörigen Kleiderkasten aufgehängt, um daran die Kleiderstücke aufzubewahren. Die Dame beschlagnahmte denselben für sich. Das taten sich die Mädchen nicht gefallen und nahmen den Kasten wieder an sich. Darob in ihrer Autorität verletzt, brüllte sie die Belegschaft an: „Ich schreibe der ganzen Belegschaft eine Stunde Strafe an, wenn der Kleiderkasten nicht wieder an Ort und Stelle gehängt wird.“ Der hinhaltende Betriebsleiter schrieb ebenfalls im Brustton: „Ich schreibe noch eine weitere Stunde an, so lange, bis der Kleiderkasten wieder da hängt.“ (Nämlich da, wo ihn keine Stütze hingehängt hatte). Als die Belegschaft Beschwerde erhob, sagte der Herr Betriebsleiter: „Ich weiß, daß das Unrecht ist, aber darüber bestimme ich. Ich gehe über Leiden, selbst wenn es Kieselsteine regnet.“ Der läßt tief blicken.

Es wäre interessant, zu erfahren, was den Betriebsleiter veranlaßt, diese Stellung einzunehmen? Wenn man Unrecht anerkennt, darf man es nicht dulden. Auch bezweifeln wir, daß die beiden Firmeninhaber über die Dinge richtig informiert sind. Die Belegschaft war bis vor ganz kurzer Zeit noch unorganisiert. Trotzdem wird der Deutsche Textilarbeiterverband sich der geäußerten Beschwerden annehmen und nach dem Rechten sehen. Den übrigen noch Fernstehenden möge das eine Lehre sein. Nur durch reißloses Eintreten in den Deutschen Textilarbeiterverband können ähnliche Vorkommnisse abgewehrt werden.